

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 21, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6428  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Porto) 3 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3104

## Inhalt:

25 Jahre gesetzliche Unfallversicherung. — Der Parteitag in Magdeburg. — Die neue Arbeitsordnung in Gölzig. — Feuerungszulage oder arge Enttäuschung der städtischen Arbeiter in Regensburg. — Brief aus Chemnitz. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1909. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Abrechnung der Hauptklasse vom 2. Quartal 1910. — Einnahmen und Ausgaben der Gaue im II. Quartal 1910. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Blätter. — Feuilleton: Kindersegen und kein Ende?

Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zuteil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutze der besserstuierten Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen usw."

Die Legende von dem Wohlwollen der Gottesgnadenmänner der Arbeiterklasse gegenüber läßt sich also nicht aufrechterhalten.

Der Erlaß des Unfallversicherungsgesetzes ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, es dauerte Jahre, bis eine Form gefunden werden konnte, die einige Aussicht auf Annahme durch den Reichstag bot und auch die Zustimmung des Bundesrats erwarten ließ. Es mußten drei Entwürfe vorgelegt werden. Der erste Entwurf ging dem Reichstag am 8. März 1881 zu, wurde aber unter der „legensreichen“ Mitwirkung der Nationalliberalen, des Zentrums und der Konserverativen so verstimmt, daß der Bundesrat seine Zustimmung verweigerte. Am 8. Mai 1882 ging dem Reichstag der zweite Entwurf zu, der an eine Kommission verwiesen wurde, die ihn aber liegen ließ, so daß die Regierungen am 6. März 1884 den dritten Entwurf in Vorlage brachten, der am 6. Juli 1884 Gesetz wurde und am 1. Oktober 1885 in vollem Umfange in Kraft trat.

Am 5. Mai 1886 wurde das landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz erlassen; das Gesetz vom 6. Juli 1884 wurde am 1. Juli 1886 auf die Betriebe des Transportgewerbes, des Meeres, der Marine und der öffentlichen Verkehrsanstalten ausgedehnt. Am 11. und 13. Juli 1887 folgten das Baumunfallversicherungsgesetz und das Seeunfallversicherungsgesetz und am 30. Juni 1900 das Unfallfürsorgegesetz für Gefangene. Am gleichen Tage wurden auch die Abänderungsgesetze zu den Unfallgesetzen erlassen. Diese Gesetze bestehen heute noch nebeneinander, sie harren aber ihrer Ablösung durch die Reichsversicherungsordnung.

Die Gestaltung der deutschen Unfallversicherung ist bekannt, die Organisation ist die der Berufsgenossenschaften. Zurzeit bestehen auf Grund des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 66 Berufsgenossenschaften mit 677 904 Betrieben und 8534 151 Versicherten und 63 staatliche Ausführungsbehörden mit 568 189 Versicherten; für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung bestehen 48 Berufsgenossenschaften mit 5434 100 Betrieben und 17 179 000 Versicherten und 55 staatliche Ausführungsbehörden mit 216 798 Versicherten, auf Grund des Baumunfallversicherungsgesetzes 1 Berufsgenossenschaft mit 17 277 Betrieben und 306 276 Versicherten, 78 staatliche Ausführungsbehörden mit 51 599 Versicherten und 331 kommunale Ausführungsbehörden mit 109 917 Versicherten; nach den Bestimmungen des Seeunfallversicherungsgesetzes sind gebildet 1 Berufsgenossenschaft mit 1643 Betrieben und 77 345 Versicherten und 13 staatliche Ausführungsbehörden mit 850 Versicherten. Es unterliegen

## 25 Jahre gesetzliche Unfallversicherung.

Am 1. Oktober dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß das deutsche Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten ist. Die bürgerliche Presse wird diesen Tag als Jubeltag feiern und aller Welt verkünden, daß durch die deutsche Unfallversicherung in den verflochtenen 25 Jahren mehr als 1 Milliarde und 800 Millionen Mark an Entschädigungen für die verletzten Arbeiter und deren Angehörige ausbezahlt wurden. Das geflügelte Wort, daß für den deutschen Arbeiter bis ins hohe Alter hinein aufs beste gesorgt ist, wird hundertmal wiederholt, und die Wohlthaten der Sozialversicherung werden von Tausenden von Jungen gepriesen werden. Bei dieser Gelegenheit empfiehlt es sich, die Sache vom nüchternen Standpunkt aus zu betrachten, festzustellen, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, und zu unteruchen, welche Ursachen zum Erlaß des Unfallversicherungsgesetzes geführt haben. Einerseits waren es die zahllosen Petitionen der Gemeinden, die die Lasten nicht mehr tragen konnten, die ihnen durch die Profigier der Unternehmer auferlegt wurden, und andererseits die damals schon mächtig sich entwickelnde sozialdemokratische Bewegung, die trotz des Sozialistengesetzes, dessen Bestimmungen in drakonischer Weise angewendet wurden, nicht einzudämmen war. Diese Tatsache wird heute vielfach zu bestreiten versucht; der Wortlaut der Begründung des ersten Unfallgesetzentwurfes steht aber heute noch fest, und dort heißt es wörtlich:

„Bei der Beratung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ist die Notwendigkeit anerkannt worden, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß dieses Gesetzes notwendig gemacht haben, auch durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen zu bekämpfen. Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfbedürftigen Mitglieder annähme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchen die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatsverhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den beschloßenen Massen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem

also zurzeit circa 27 Millionen Arbeiter der Unfallversicherung, und zur Verwaltung der berufsgenossenschaftlichen Tätigkeit haben sich über ganz Deutschland 654 Verwaltungskorporationen gebildet.

Die Berufsgenossenschaften und sonstigen Ausführungsbehörden haben ihre Rechnungsergebnisse alljährlich dem Reichsversicherungsamt nach einem bestimmten Schema mitzuteilen. Das Reichsversicherungsamt verarbeitet das auf diese Weise gewonnene Material und bringt es alljährlich in den „Amtlichen Nachrichten“ zum Abdruck. Aus den Zahlen des Reichsversicherungsamtes spricht eine Unmasse von Not und Elend, von Kummer und Sorgen, die selbst durch die gewährten Renten, und mögen sie Millionen und Abermillionen betragen, auch nicht annähernd ausgeglichen werden können. Von den Verlusten, die jährlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit zu verzeichnen sind, wird nur wenig gesprochen, es erregt ab und zu Sensation, wenn durch ein Vergewaltigungsunglück eine Anzahl Vergleute verschüttet und getötet werden, nach einigen Tagen denkt man nicht mehr daran. Nur ab und zu bekommt man zu hören, daß für die Versicherten so und so viele Millionen aufgewendet werden.

Die Verluste des Feldzuges 1870/71 mit 43 182 Toten und 116 821 Verwundeten haben, als sie bekannt wurden, großes Entsetzen erregt, sie sind aber eine Bagatelle gegenüber den Verlusten, die die deutsche Arbeiterschaft während der 25 Jahre Unfallversicherung zu verzeichnen hat. Die letzten Rechnungsergebnisse, die das Reichsversicherungsamt veröffentlicht hat, beziehen sich auf das Kalenderjahr 1908, die genauen Zahlen liegen also erst für 23¼ Jahre vor. In dieser Zeit sind bei den Unfallversicherungskorporationen 8 745 905 Unfälle gemeldet worden. Diese Zahl kann aber keinen Anspruch machen auf Vollständigkeit, weil sehr viele Unfälle gar nicht gemeldet werden und folgedessen auch nicht mitgezählt werden können. Unter den 8 745 905 gemeldeten Unfällen befinden sich 163 267 mit tödlichem Ausgang und 42 430 mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit. Die getöteten Unfallverletzten haben 107 915 Witwen, 220 426 Waisen und 6555 unterstützungsberechtigte Eltern usw. hinterlassen. Entschädigt wurden von den gemeldeten Unfällen nur 2 001 996, also nicht einmal der vierte Teil. An Unfallentschädigungen wurden in den 23¼ Jahren 1 636 364 857 Mk. ausbezahlt, der Betrag wird unter Zugrundelegung der Zahlen des Jahres 1909 bis zum Oktober 1910 die Summe von rund 1 Milliarde und 800 Millionen Mark ausmachen. Dieser Betrag ist allerdings horrend, und bei oberflächlicher Betrachtung könnte es fast den Anschein gewinnen, daß die deutschen Unfallrentner in Gold schwimmen, daß ihre Ansprüche voll gewürdigt und ihnen Renten bezahlt werden, die ein Schlemmerleben gestatten. In der Praxis sieht die Sache anders aus. Die gewährten Renten sind Hungerrenten, die Verletzten müssen sich ihre Renten pfennigweise erkämpfen. Die in die Öffentlichkeit kommenden Berichte der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und des Reichsversicherungsamtes, die Berichte der Arbeitersekretariate lassen erkennen, daß nicht alles so ist, wie es in die Welt hinausposaunt wird.

### Der Parteitag in Magdeburg.

Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, alle Einzelheiten der Magdeburger Woche zu erörtern. Die Tagespresse hat in ausgiebiger Weise darüber unterrichtet und es sollte jeder so viel Interesse daran nehmen und die bedeutsame Tagung genau verfolgen. Allein die zweistündige Rede Bebels über die Budgetfrage bietet in so hohem Maße Gelegenheit, Einblick in die politische Entwicklung Deutschlands zu nehmen, daß sich schon um dessentwillen die aufgewandte Zeit reichlich lohnt.

Damit ist auch gleichzeitig der Disziplinbruch in den Vordergrund gerückt, der die Gemüter viele Wochen vor Magdeburg so überaus lebhaft bewegte. Nach den ruhigen, geschäftsmäßigen Darlegungen des 1. Verhandlungstages — der Ruhe vor dem Sturm — begann Bebel am Dienstagmorgen seine Ab-

rechnung mit den Badenern, die ihren tiefen Widerhall nicht nur bei den Delegierten, sondern auch bei allen denen finden wird, die von einer demokratischen Partei Freiheit in der Meinung, Geschlossenheit und Einheit im Handeln fordern.

In der Tat kann es für die Sozialdemokratie, die sich einer Welt von Feinden aller Schattierungen gegenübersteht, keinen anderen Weg geben. Wohl gab Bebel den Badenern ihren guten Glauben an die Wichtigkeit ihrer Ansichten zu. Aber solange durch Parteitagsbeschlüsse grundsätzlich festgelegt ist, daß die Budgetbewilligungen nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen zulässig sind, hat jeder Disziplin zu halten, mag das nun diesem oder jenem noch so schwer ankommen. Auf welche schiefe Ebene man kommt, wenn die „staatsmännischen“ Erwägungen bei unseren Parteigenossen eine entscheidende Rolle spielen, beweist auch die Teilnahme an allerhand höfischen Veranstaltungen. Schon der gute Geschmack sollte hier die notwendige Zurückhaltung gebieten, um wieviel mehr aber müßte wenigstens die Rücksicht auf das Empfinden der Massen — ein sehr gesundes Empfinden! — den Ausschlag geben. Und mag selbst zugegeben werden, daß in gesellschaftlicher und sozialer Beziehung manches anders und besser in Süddeutschland aussieht als im preussischen Massenstaat (par excellence), so bleibt die materielle Lage der breiten Massen davon doch wenig berührt. Es bleibt also auch in Baden noch alles zu tun übrig, um den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten.

Wie oberflächlich ist es doch, von einem „negierenden“ Standpunkt der Sozialdemokratie zu sprechen, wie das jetzt sogar einige badische Budgetbewilliger glauben tun zu müssen. Wenn unsere Gegner — und mit Vorliebe tun das auch die Gewerkschaftskristen — von unserer „Negation“ schwächen, so lenkt man die Absicht und wird nicht verstimmt. Anders wenn in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie solche Behauptungen laut werden. Ist das nicht Wasser auf die Räder unserer Gegner?

Die eminent positiven Erfolge der deutschen (auch der preussischen) Sozialdemokratie sind für jeden Unbefangenen unverkennbar und die zahlreichen Aussprüche bürgerlicher hervorragender Männer — unserer Gegner! —, von denen Bebel einige Beispiele gab, bieten ein unwiderlegliches Zeugnis dafür.

Diesem Höhepunkt im Referat Bebels folgte die Behauptung, die Süddeutschen verständen nichts von dem preussischen Staat, ein Argument, das gerade in den Preßdebatten die Süddeutschen gegen preussische Genossen angewandt hatten und das u. E. wenig Ueberzeugungskraft besitzt. Anders hingegen die Darstellung der so ideal hingestellten badischen Großblockpolitik. „Genossen aus den Gewerkschaften“, rief Bebel, „ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebenso gut wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen: was haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Gewerkschaften in den Landtagen getan? Die Frage wird entstehen, Ihr werdet auf Euren Generalversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftskongressen so gut wie wir heute diese Frage erörtern müssen.“ Für uns Gemeindegewerkschafter wird diese Frage ferner lauten müssen: „Was ist in den Gemeinden von den Sozialdemokraten geschehen?“ Und wenn wir auch alles in allem uns nur anerkennend aussprechen können, so bleibt doch in Baden wie in Preußen noch manches zu tun übrig und es bedarf auch in Süddeutschland vielfach noch einer weit größeren, rücksichtsloser auftretenden Energie, um den Forderungen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms (soweit es sich auf die Gemeindegewerkschafter bezieht) gerecht zu werden.

Noch bleiben wir bei den Worten Bebels. Nach einer trefflichen Verspottung der „staatsmännischen Klugheit“ betonte er noch einmal: „Wir können unsere Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiste der Partei einig sind. Jetzt heißt es geschlossen marschieren, nicht nach rückwärts schauen, sondern vorwärts.“

In dem Referat des Genossen Dr. Frank wurden dann noch einmal, und zwar zweifelsohne in glänzender Form, die Argumente der Budgetbewilliger aufgeführt. Alles ist zu untersuchen, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zu fördern vermag. Durch die Entwicklung der Parteikonstellation in Baden ist es der Sozialdemokratie gelungen, ein reaktionäres Zusammengehen zwischen Zentrum und Nationalliberalen zu sprengen. Bedner schilbert dann eingehend die Vorteile des Zusammenarbeitens mit den Nationalliberalen, wodurch auf dem Gebiete des Schulwesens, der Steuererhebung und des Gemeindefortschritts erhebliche Verbesserungen durchgesetzt worden sind. Auch die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion bei der parlamentarischen Geschäftsverteilung ist wesentlich verbessert worden. Dabei haben die badischen Genossen niemals ihre Grundsätze preisgegeben. Dem

Beugnis gewisser nationalliberalen Blätter, auf das sich Bebel bezogen, sei das Zeugnis der Zentrums- und konservativen Presse entgegenzustellen, das umgekehrt den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie behaupte. Ueberhaupt sei ein Bündnis von der Art des badischen Bloßes kein Herrschaftsverhältnis. Die Budgetbewilligung sei kein Vertrauensvotum für den herrschenden Klassenstaat; diese Auffassung sei veraltet und keineswegs eine sozialistische. Und wenn die Wähler auch nur kleine Konzessionen erreicht hätten — beim Ausbau ergebe die Summe solch kleiner Konzessionen die Revolution. Die Politik der kleinen Konzessionen sei der Kampf der Zukunft. Die Demonstration gegen den Klassenstaat verkörpere die Arbeiterbewegung selbst.

Das nochmalige Studium der Budgetfrage, wie es der Antrag Braun wolle, sei der vernünftigste Weg, um künftig geschlossen dazustehen.

Bis zum Mittwochabend dauerte das Für und Wider der Diskussion. Es darf ohne alle Ueberhebung gesagt werden, daß sich diese Erörterungen wohl sehen lassen können nach Form und Inhalt. Sie fanden ihren Abschluß durch ein markiges Schlusswort Bebel's, der sich für die scharf mißbilligende Vorstandsausschließung unter Ablehnung des weitergehenden Zusatzes von Zubeil und 208 Genossen aussprach. Leider hielt es Dr. Frank in dieser äußerst kritischen Situation für angebracht, sein Schlusswort zu mißbrauchen und die Mehrheit zu provozieren. So geschah das Unerwartete. Die Mehrheit hatte den Antrag Zubeil bereits zurückgezogen, nun aber wurde er in anderer Form in einer Abend-sitzung wieder eingebracht. Formell betrachtet, war die von der Mehrheit erzwungene Vertagung gewiß nicht ganz einwandfrei, und der Vorsitzende Dietz versuchte alles, um die Beschlusssatzung bis Donnerstag früh zu vertagen. Es gelang ihm leider nicht, und so kam die bürgerliche Presse doch nicht ganz um die heißersehnte Sensation.

Wir sind der Meinung, daß eine kompakte Mehrheit doppelte Veranlassung nehmen muß, ihren Willen in absolut einwandfreier Weise zu manifestieren. Nachdem Dr. Frank in der Abend-sitzung erklärte, man werde die Nürnberger Beschlüsse respektieren, mußte ruhige Besonnenheit Platz greifen und von einer über die Vorstandssatzung hinausgehenden Fassung Abstand genommen werden. Es ist hier nicht der Ort, das in allen Einzelheiten zu erörtern. Aber gerade weil wir unser Urteil nicht unter dem unmittelbaren persönlichen Erlebnis fällen, glauben wir mit Sicherheit sagen zu können: Viele, die wir, den Disziplinbruch ganz entschieden verurteilen, werden sich eines gewissen Unbehagens nicht erwehren können, das mit der Magdeburger Nachsitzung eng zusammenfällt.

Damit ist natürlich noch lange nicht zugegeben, was jetzt die bürgerliche Presse Tag für Tag ihren gläubigen Lesern vorträgt. Sie kann sich gar nicht genug darin tun, vom „Geist der Unduldsamkeit“ in der Sozialdemokratie zu reden. In der Verlegenheit greift der Ertrinkende nach dem Strohballen. So sucht das Bürger-tum nach einer „zugkräftigen“ Wahlparole und übertreibt die Magdeburger Differenzen ins Maßlose, um ein Bild von dem „Anarchismus“ der Sozialdemokratie zu entwerfen, an die der einzelne Soldatstreiber des Kapitalismus selber nicht glaubt.

Wie haltlos das Gerücht von der „vollzogenen Spaltung“ übrigens ist, bewies schon der folgende Tag. Nach dem ausführlichen Referat Voremanns über die Wahlrechtsvorlage folgten die geradezu erhebenden einmütigen Erklärungen aller süddeutschen Genossen: „Wir wollen mit dabei sein!“ wie Dr. Frank sagte. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese Stundgebungen von überwältigendem Eindruck auf die Teilnehmer des Parteitag's waren, daß sie allen etwa noch vorhandenen Groll beseitigten und einen glänzenden Auftakt für die kommenden Wahlen bedeuten.

Freilich, der bürgerlichen Presse erschien diese Wahlrechts-debatte auf einmal „langweilig“, weil die erhoffte gegenseitige Feschebung ausblieb. Die Resolution des Vorstandes forderte zum verschärften Kampf für ein freies Wahlrecht in Preußen auf. Rosa Luxemburg befürwortete in einem Sonderantrag „die Erörterung und Propaganda des Massenstreiks“. Hiergegen wandten sich 28 Gewerkschaftsführer, welche Verwahrung dagegen einlegten, daß auf den Massenstreik abzielende Vereinbarungen von der Partei einstimmig getroffen würden, da doch laut Parteitag's-beschluß darüber eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften stattzufinden habe. Uns will bedünken, daß diese Erklärung zum mindesten überflüssig war. Denn zunächst ist zwischen Erörterung und positiver Betätigung noch ein wesentlicher Unterschied, und zum anderen fragt sich, wie weit bei einem politischen Massenstreik die Gewerkschaften engagiert werden. Das

wird ganz auf die politische Situation ankommen. Es ist z. B. sehr wohl denkbar, daß ein politischer Demonstrationstreik vorerst von so kurzer Dauer wäre, daß die Gewerkschaften gar keine Veranlassung hätten, irgendwie einzugreifen. Ähnlich könnte die Massenbeteiligung wirken. Doch das wird die Zukunft lehren. In wirkungsvoller Weise beleuchtete Eugen Ernst-Berlin namens des Parteivorstandes und Landesausschusses die Situation. Er wandte sich gegen den zweiten Absatz der Resolution Luxemburg. Dieser wurde denn auch zurückgezogen, und so gelangte die Vorstandsausschließung mit dem verbleibenden Teil des Antrages Rosa Luxemburg zur Annahme. Der politische Massenstreik ist also als Waffe im ferneren Wahlrechtskampf erneut anerkannt. Wir begrüßen diesen Beschluß, denn darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen, in Preußen läßt die Regierung freiwillig nicht locker mit ihrem bisherigen reaktionären System. So dürfen auch wir nicht locker lassen, wollen wir, daß Preußen endlich in der Welt voranschreitet.

Mit welchen Mitteln man auch im zwanzigsten Jahrhundert noch glaubt, gegen die breiten Massen des Volkes vorgehen zu können, bewies der vom Genossen Limberg bekanntgegebene Erlaß eines kommandierenden Generals zur „Unterdrückung von Volksunruhen“. Sobald der Belagerungszustand verhängt sei, empfiehlt er die schärfsten Maßnahmen: Unterdrückung der Organisationen, der Presse, der Versammlungen, Gefangensetzung aller Führer ohne Rücksicht auf die parlamentarische Immunität, sogar eine bis ins Detail ausgearbeitete Strategie bei Straßenkämpfen. Nun gemacht, das kann uns nur anspornen, um so unerfütterlicher unsere geistigen Waffen zu schmieden und durch Agitation und Organisation alles in unseren Mann zu zwingen.

Die Genossenschaftsfrage fand am letzten Tage nicht mehr die erhoffte eingehende Behandlung. Nach dem Referat Fleißners folgte eine kurze Diskussion, die nicht wesentlich neue Momente zeitigte. Es muß sich in der Praxis erst zeigen, ob die angenommene Resolution nun auch in Berlin und anderswo die Genossen veranlaßt, sich mehr als bisher um das Genossenschaftswesen zu kümmern. Wir wollen's inzwischen hoffen.

Aus dem kurzen, aber klaren Referat Kollentubers über die Reichsversicherungssordnung, das ohne Diskussion entgegengenommen wurde, sei herausgegriffen, daß nach neuester Gestaltung durch die Kommission auch das Wadepersonal der Unfallversicherung unterstellt werden soll. Indessen überwiegen insoweit die Verschlechterungen in der Reichsversicherungsordnung, zumal wir noch nicht wissen, was aus dem „großen Werk“ endgültige Fassung wird.

Von den „sonstigen Anträgen“ sei noch in Erinnerung gebracht die erneute Annahme nachstehender Anträge:

„Die Parteipresse sowie die Parteioorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenußes für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen, und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen.“

„Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in die Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgegnen zu unterlassen.“

Nach dem bisherigen erfolgreichen Wirken des Schnapsbottels ist zu hoffen, daß diese Beschlüsse auch in der Praxis weiter wirken. Erneut müssen alle Kollegen dem Schnaps — ob Riß oder Brantwein — den Krieg erklären!

Nach Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und der Kontrollkommission hielt der Vorsitzende Dietz das übliche Schlussumme. Da sich unsere Anschauungen im ganzen mit diesen trefflichen Ausführungen decken, haben wir nur noch wenig hinzuzufügen.

Der Magdeburger Parteitag hat im Gegensatz zu den übrigen Parteitag's einen ziemlich sachlichen Verlauf genommen. Seine Beschlüsse befriedigen uns, und wir dürfen erwarten, daß mit der gegebenen Marschroute der weitere Aufstieg des Proletariats gewährleistet wird. Gerade, weil wir uns als unbedingten Anhänger grundsätzlicher Politik bekennen, einer Politik, die ihr Ziel klar ins Auge faßt, können wir die Distanzierung faktischer wie wahlaktischer Bedeutung nicht aufheben (wie sie die Mittwochabend-sitzung in unerfreulicher Weise zeigte). So gewiß es notwendigerweise verschiedene Meinungen in einer Millionenpartei geben muß, die nicht immer gerade treffend mit den verschiedenen Richtungen eintreffend werden, so gewiß muß es möglich sein, in unserer Kulturpartei auch nur den Schein einer Meinungsbeschränkung zu vermeiden. Wenn wir diese Lehre aus der Magdeburger Tagung gewinnen, so wird uns jene

Selbsttätigkeit kommen, die unbeirrt auf vorgezeichnetem Pfade im kleinen wie im großen fortgesetzt arbeitet an der Durchführung unserer Anschauungen und Ziele.

Die kommenden Wahlrechtskämpfe erfordern viel Opferwilligkeit, Ausdauer und Energie. Noch steht die überwiegende Mehrzahl unserer Kollegen dem politischen Leben fern oder hat es nicht über eine Sympathiebeziehung durch den Stimmzettel hinaus gebracht. Wohl, hier gilt es einzusehen. Sorgen wir für Eintritt in die politischen Organisationen. Neben unserer „Gewerkschaft“ sollte jeder die Arbeiterpresse eifrig lesen. Erst die aus der Lesart gewonnene Aufklärung und Einsicht wird ihn zu einem Kämpfer seiner Klasse machen. In diesen ersten Zeiten, da das Unternehmertum mit Riesenausparungen gegen die Arbeiter wüthet, da der Militärstaat sich zum willigen Schergen des Kapitalismus hergibt, müssen wir unsere Kräfte, unsere Organisationen verdoppeln, dann erst können wir ruhigen Auges gegen unsere Feinde vorgehen und auf unseren Sieg rechnen.

### Die neue Arbeitsordnung in Görlitz.

Eine neue Arbeitsordnung hat der Görlitzer Magistrat den städtischen Arbeitern beschenkt. Wie das hierorts so üblich ist, erst geraume Zeit nach ihrem Inkrafttreten. Diese neue Arbeitsordnung ist bereits am 26. April erlassen worden und schon am 1. Juli in Kraft getreten; aber erst in den allerletzten Tagen ist sie den Arbeitern ausgehändigt worden. Sie reiht sich würdig den bereits in Nr. 32 der „Gewerkschaft“ behandelten Grundsätzen über die Gewährung von Ruhelohn usw. an. Sie ist wiederum ein Dokument für den „fortgeschrittenen“ Geist in der Görlitzer kommunalen Arbeiterpolitik. Diese neue Arbeitsordnung hat keine Gültigkeit für die Arbeiter in der Forst- und Vergewerksverwaltung, sowie der in der Land- und Gartenwirtschaft angestellten Arbeiter.

Im § 1 heißt es „Rechte und Pflichten der Arbeiter bestimmen sich nach dieser Arbeitsordnung“. Leider haben wir beim besten Willen von den Rechten der Arbeiter herzlich wenig feststellen können; es ist fast nur von Pflichten die Rede.

Der § 2 regelt die Annahme der Arbeiter. Danach sind Reichsausländer von der Einstellung ausgeschlossen, in Görlitz wohnende Arbeiter sollen bei der Einstellung bevorzugt werden. Der Arbeiter aber, der die Ehre genießen soll, seine Arbeitskraft für ein, wenigstens unserer Meinung nach, geringes Entgelt der Stadt zur Verfügung zu stellen, der soll im allgemeinen nicht über 35 Jahre alt sein. Er muß ein polizeiliches Reumundzeugnis, einen Ausweis über seine Militärverhältnisse, ein Zeugnis über seine Führung und Leistung in seiner letzten Arbeitsstelle und den Grund seines Austrittes aus der letzten Beschäftigung beibringen. Fehlt nur noch, daß er auch über seinen Großvater, Tanten usw. hinlängliche Auskunft gibt! Kann der Arbeiter diese Papiere nicht innerhalb einer Woche beibringen, so kann er sofort wieder entlassen werden.

Die §§ 5 bis 14 enthalten die Ordnungsvorschriften, oder besser gesagt, die Pflichten der Arbeiter. Da ist gesagt, daß der Arbeiter Nebenbeschäftigung nur mit Genehmigung ausüben darf. Man soll den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zahlen, dann werden sie zu keiner Nebenbeschäftigung greifen. Im § 8 ist gesagt, wird ein Arbeiter durch Krankheit usw. am Erscheinen verhindert, dann hat er dies schleunigst, möglichst noch vor Beginn der Arbeit zu melden. Wie das ein erkrankter Arbeiter fertig bringen soll, ist uns ein Rätsel.

Im § 11 ist unter anderm auch die Anfertigung von Privatarbeit für sich oder andere verboten.

Ob unter den anderen auch Beamte zu verstehen sind? Es wäre besser gewesen, dies ausdrücklich zu betonen, damit nicht städtische Arbeiter als Dienstmädchen für Beamte fungieren müssen. Verboten ist auch das Sammeln von Geld und Unterschriften in den Höfen, den Arbeitsplätzen oder den Zugängen, ebenso die Veranstaltung von Versammlungen, Zusammenkünften und Beratungen in den Betriebsräumen.

Nicht ansehbar ist § 15. Hier ist bestimmt, daß ein Arbeiter neben der gesetzlichen und der in dieser Arbeitsordnung vorgesehenen Strafe jeden Schaden oder Nachteil zu ersetzen hat, den er der Stadt vorsätzlich oder fahrlässig zuzieht. Die zum Schadenersatz dienenden Beträge werden bei der nächsten Lohnzahlung gemäß § 273 B.G.B. zurückbehalten.

Abgesehen davon, daß dieser Paragraph eine dreifache Strafe, nämlich gesetzliche Strafe, Strafe auf Grund der Arbeitsordnung und Schadenersatz, vorsieht, macht sich mit der Lohnzurückbehaltung

der Magistrat etwas an, was unserer Meinung nach gesetzlich nicht zulässig ist, wenngleich er sich auf den § 273 B.G.B. beruft. Dieser Paragraph sagt, daß ein Zurückbehaltungsrecht nur dann zulässig ist, wenn sich aus dem Schuldverhältnis nichts anderes ergibt. Hier in unserem Falle aber ergibt sich aus dem Schuldverhältnis, dem Arbeitsverhältnis nämlich, etwas anderes und zwar wiederum nach gesetzlicher Vorschrift. Nach § 115 der Reichsgewerbeordnung hat der Arbeitgeber den verdienten Lohn in bar auszuzahlen. Ferner ist durch den § 394 B.G.B. die Aufrechnung eines Schadens gegen den Lohn verboten. Allerdings sind sich die Juristen selbst noch nicht einig, ob der § 394 durch § 273 aufgehoben werden kann. Aber gerade angesichts einer solchen unsicheren Rechtslage steht es einer Stadtverwaltung schlecht an, sich diese Unsicherheit zunutze zu machen. Wir vertreten die Meinung, daß dem Magistrat kein Recht zusteht, den verdienten Lohn zurückzuhalten. Will er sich schadlos halten, so soll er dies auf gesetzlich zulässige Weise zu erreichen suchen.

Aber auch in seiner Arbeitsordnung selbst widerspricht sich der Magistrat, denn im § 22 sagt er, der verdiente Lohn wird in barem Gelde ausgezahlt und im § 24 heißt es, daß vom Lohn in Abzug gebracht werden die gesetzlichen Beiträge des Arbeiters auf Grund der Versicherungsverordnungen und die auf Grund der Arbeitsordnung festgesetzten Strafen. Von einem Abzug der zum Schadenersatz dienenden Beträge ist also keine Rede.

Mit dem § 17 jedoch glaubt anscheinend der Magistrat etwas ganz Schlaues bestimmt zu haben. Es heißt da, kein Arbeiter kann sich durch Kündigung der Strafe entziehen. Im § 27 aber hebt der Magistrat die Kündigung wieder auf, indem er sagt, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne Angaben von Gründen gelöst werden kann.

Daß der § 616 des B.G.B. keine Anwendung findet, ist wohl für Görlitz selbstverständlich; es wird nur die Zeit bezahlt, während der der Arbeiter gearbeitet hat.

Die §§ 22 und 33 behandeln die Rechte der Arbeiter, haben aber nur Bezug auf die „Stadtarbeiter“. Zum Stadtarbeiter kann ein Arbeiter ernannt werden, wenn er mindestens fünfzehn Jahre ununterbrochen in städtischen Diensten gestanden hat. Die Zeit vor dem 25. Lebensjahr wird aber nicht mitgerechnet. In normal verlaufenden Fällen also muß ein Arbeiter das sogenannte Schwabenalter erreicht haben, ehe er der hohen Ehre teilhaftig werden kann, zum Stadtarbeiter befördert zu werden.

Und welche Vorteile genießt der „Stadtarbeiter“? Nun, er kann die Anwartschaft auf Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung erlangen und er kann ferner nur auf Beschluß des Magistrats entlassen werden. Das ist alles! Und dazu ist eine mindestens 15jährige Dienstzeit erforderlich.

Wir haben bereits in dem Artikel über die Gewährung von Ruhelohn gesagt, daß ein auskömmlicher Lohn bei vernunftgemäßer Arbeit weit mehr Wert hat, als diese Art sozialer Fürsorge.

Auch Arbeiterausschüsse sind in der neuen Arbeitsordnung vorgesehen; sie sind aber auch danach. Nach § 34 können auf Beschluß des Magistrats für die einzelnen Betriebe Arbeiterausschüsse oder Vertrauensmänner der Arbeiter bestellt werden. Zur Teilnahme an der Wahl sind berechtigt die Arbeiter, welche über 25 Jahre alt sind, mindestens drei Jahre nicht nur im städtischen Dienst überhaupt, sondern auch in dem betreffenden Betrieb in Arbeit stehen. Wählbar aber sind nur Arbeiter, die über 30 Jahre alt und mindestens fünf Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Welche Befugnisse diese „Arbeitervertreter“ haben, wie sie sich zusammensetzen, über ihre Amtsdauer usw. darüber hüllt sich der Magistrat in Schweigen. Auch wir wollen uns jeder weiteren Kritik dieser Einrichtung enthalten!

Jedenfalls werden die aufgestellten Arbeiter keine große Sehnsucht nach diesen Arbeiterausschüssen haben. Sie werden gut tun, sich aus eigener Kraft eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu schaffen in Gestalt einer starken Organisation.

Wenn in dieser neuen Arbeitsordnung noch solche schlimme Sachen enthalten sind, so ist das neben der Rückständigkeit des Magistrats auch mit Schuld der Arbeiter. Sie haben sich um das Zustandekommen dieser Arbeitsordnung nicht genügend gekümmert. Als im Frühjahr dieses Jahres der Magistrat einen Entwurf in den der Gewerbeordnung unterstehenden Betrieben zum Aushang brachte, haben es die Arbeiter in bedauerlicher Gleichgültigkeit und Apathie unterlassen, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen. Das hat sich bitter gerächt. Gerade in diesen Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk dominiert der „Berein Dampf“, der in einem unbestimmten Fahrwasser segelt; auch einige Dirsche sind vorhanden. Obgleich diese auch immer mit ihrer energischen Ver-

vertretung der Arbeiterinteressen prahlen, haben sie hier gezeigt, was sie leisten. Wäre der Einfluß unserer Organisation in diesen Betrieben ein größerer, so wäre gegen die meisten Paragraphen Einspruch erhoben worden. Möchten doch die Würdiger Magistratsarbeiter hieraus die Lehre ziehen, welchen Wert eine einheitliche Organisation hat. Denn nur im gemeinsamen Handeln liegt die Stärke!

### Teuerungszulage oder arge Enttäuschung der städtischen Arbeiter in Regensburg.

Bereits in Nr. 18 befaßten wir uns mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter. Schon dort wurde in einer tabellarischen Zusammenstellung gezeigt, welch miserable Lohnverhältnisse hierorts noch zu verzeichnen sind. Niemand wird es daher wundernehmen, wenn sich eine große Unzufriedenheit unter unseren Kollegen zeigt. Die größte Erbitterung rief die im Jahre 1900 vorgenommene Neuregelung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der städtischen Beamten hervor. Wurden doch die oberen Beamten um Hunderte von Mark pro Jahr aufgebessert, während die städtischen Arbeiter mit „Nichts“ abgespeist worden sind. Und da die Lebensmittel der Arbeiter ebenso im Preise gestiegen sind wie die der Beamten, so ließen sich auch die städtischen Arbeiter von dem Gedanken leiten, im Laufe des Jahres um eine Teuerungszulage einzukommen. Die bestehenden Arbeiterausschüsse, die schon früher einige Male Anträge eingereicht hatten, die mit einzelnen Ausnahmen heute noch der Erledigung harren, waren sich darüber einig, daß seitens unseres Verbandes eingegriffen werden muß. Die Kollegen, soweit sie als modern organisierte Arbeitervertreter in diesen Arbeiterausschüssen tätig waren, erkannten sehr bald, daß der ganze Arbeiterausschuß seitens der städtischen Kollegien nur als Deklarationsstück betrachtet und behandelt wird. Es wurde daher die Gausleitung in einer gut besuchten Versammlung beauftragt, den städtischen Kollegien eine Petition zu unterbreiten, in der eine Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag für die städtischen Arbeiter gefordert wurde. Diesem Wunsche wurde infolgedessen Rechnung getragen, als im April d. J. auch diese Petition eingereicht wurde. Da diese Petition wie ein Pfeil in die Reihen der städtischen Kollegien eingeschlagen hat, braucht weiter nicht mit besonderer Erregung entgegengenommen werden. Obwohl man in den städtischen Kollegien vor lauter Arbeiterwohlwollen prunkt und das Koalitionsrecht nach außen hin feierlich gewährt, hatten diese Herren keine Zeit und Gelegenheit, die wohl berechtigte Forderung recht bald zu behandeln. Man verschlangte sich hinter die Arbeiterausschüsse, die in diesem Falle die Forderung einzureichen hätten. Die Arbeiter haben wohl das Recht, sich zu organisieren, aber einer Vertretung zollt man keine Anerkennung. Dies ist die vielgerühmte Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter in Regensburg. Die städtischen Arbeiter aber waren mit einer solchen Verschleppung nicht einverstanden und nahmen daher am 23. Juni in einer gut besuchten Versammlung hierzu Stellung. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die von den städtischen Kollegien eine baldige Beratung forderte. War diese Protestversammlung gut besucht, so waren auch noch Anhänger der dort bestehenden „Lokalvereinigung“ anwesend, die ebenfalls der vorgeschlagenen Resolution ihre einmütige Zustimmung gaben. Und da unter den anwesenden Vereinskern auch die meisten Ausschußmitglieder vorhanden waren, kann man mit Recht sagen, daß hinter unserer Forderung die sämtlichen städtischen Arbeiter stehen. Ungeachtet der Zustimmung zu unserer Resolution, fanden es diese Herren später aber für notwendig, auf tönerne Füße nachzuhinken und reichten gleichfalls eine Petition ein. Dagegen wäre nichts einzuwenden, im Gegenteil könnte es uns nur freuen, wenn auch diese Herren zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter beitragen würden. Aber das Gegenteil von dem ist der Fall. Sie reichten an den Magistrat eine Petition ein, in der die Forderung schon um die Hälfte niedriger aufgestellt war als in unserer Petition. Also statt 20 Pf. pro Tag forderte die sogenannte „Stadtarbeitervereinigung“ nur 1 Pf. pro Stunde, was gleichbedeutend 10 Pf. pro Tag darstellt. Daß ein solches Angebot zum Schaden aller städtischen Arbeiter ist, liegt klar auf der Hand. Denn auf ein solches Angebot hatte ja der Magistrat nur geantwortet. Die Magistratsherren sahen wohl selbst ein, daß die Forderung des Verbandes kein leerer Wahn sei, sondern seine volle Berechtigung hatte. Es ist daher anzunehmen, daß es verschiedene Herren durch die an allen Ecken und Enden spürbare Teuerung unter ihrer Würde gefunden hätten, der sehr mäßig gehaltenen Forderung von 20 Pf. pro Tag etwas abzugewaden, hinterher andere Städte ihre Arbeiter in viel stärkerem Maße aufgebessert

haben. Vernünftig denkende Menschen würden die Kürzung oder Ablehnung einer so minimalen Forderung einfach unbegreiflich gefunden haben. Auch die Begründung, welche unserer Petition beigegeben war, war so gehalten, daß auch der größte Diplomat nicht ohne Stolpern darüber hinwegsteigen konnte. Daß eine Verbesserung kommen wird, war für jedermann von vornherein klar. Aber man wollte ja den städtischen Arbeitern nicht mehr gewähren als 10 Pf. pro Tag. Und da war die weitestmögliche Verschleppung von vornherein im Magistrat geplant, um bei der ganzen Lohn-erhöhung möglichst billig abzuschneiden. Daß die Ratsaboren der „Vereinigung“ bereit waren, hierzu das nötige „Material“ zu liefern, haben sie durch ihre famose „Petition“ gezeigt. Sie haben gehandelt mit ihrem Ueberangebot, genau wie man „billiger Jakob“ spielt. Den Schaden haben leider die städtischen Arbeiter zu tragen. Ob die Leute freitlich sich der Tragweite ihrer Handlungsweise bewußt waren, ist sehr zu bezweifeln. Vieles können eben mit anderen Würfeln als diese waren nicht spielen.

Die städtischen Arbeiter glaubten nun auch, die beschlossene Lohn-erhöhung ab 1. September zu bekommen. Doch welche Enttäuschung mußten sie am ersten Zahltag schon erfahren. Statt der zugesprochenen 10 Pf. Aufbesserung bekamen sie eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 2–20 Pf. In einzelnen Fällen kamen sogar Abzüge gegen den früheren Lohn heraus. Eine weitere Täuschung trat bei der ebenfalls beschlossenen Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9½ Stunden ans Tageslicht. In Wirklichkeit hatten die Arbeiter ja schon die 9½stündige Arbeitszeit, mit 10stündiger Bezahlung. Unbekümmert dieser Vergünstigung zog man den Arbeitern eine halbe Stunde ab, die wohl durch einige Pfennige Lohnzulage gegen den früher bezogenen Lohn ausgeglichen war. Die 10 Pf. Lohn-erhöhung dagegen blieb aus. Selbstverständlich wurde durch die auf unserer Seite stehenden Arbeiterausschüsse die Auszahlung der bereits beschlossenen Lohn-erhöhung gefordert.

Sehr eigentümlich erscheinen aber jetzt auf einmal die an der Spitze stehenden Herren der „Vereinigung“. Hatten sie doch das Einsehen ihrer Mitglieder mit den schönsten Phrasen verstanden. Erst jetzt werden sie sich der Tragweite ihrer voreiligen Tat bewußt sein und einsehen, welche klägliche Rolle sie bei dieser Forderung gegenüber den städtischen Arbeitern gespielt haben. Die Mitglieder dieser „Vereinigung“ aber sollten aus diesem Vorgang die Lehre ziehen und jener Organisation durch ihren Beitritt den Rücken stärken, die allein imstande ist, wirkliche Verbesserung für die städtischen Arbeiter zu schaffen. Sind das nur kleine Erfolge, die vorerst aufzuweisen sind, so werden wir, unterstützt von allen Hindernissen, auf unserer beschrittenen Bahn vorwärts schreiten. Es kann daher für alle Kollegen keine andere Parole geben: Heraus aus dieser „Vereinigung“ und hinein in den modernen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

### Brief aus Chemnitz.

Unsere Stadtverwaltung kann den Wahlspruch des Krähwinkler Landstürms zu dem ihrigen machen. „Nur immer langsam voran“ das ist die Devise, nach der gehandelt wird. Hierzu nur einige Beispiele: Im Jahre 1907 reichte unser Verband eine Lohn-erhöhung ein, in welcher um Aufbesserung der Löhne für die städtischen Arbeiter ersucht wurde. Voller 18 Monate vergingen, ehe der Rat Antwort auf diese Petition gab. Nun heißt das Sprichwort: „Was lange dauert wird gut“. Das kann aber keinesfalls behauptet werden. Den Arbeitern der Gasanstalten wurde eine Lohnzulage von 2–3 Pf. allergnädigst gewährt, während andere sich mit 1 bis 2 Pf. begnügen mußten. Ein ganzer Teil ging sogar leer aus. Eine Arbeitsordnung einzuführen, lehnte der Rat ab, trotzdem die damit beauftragte Kommission monatelang daran gearbeitet hatte. In einer im März d. J. eingereichten Petition wurde erneut die Einführung von Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüssen gefordert. Außerdem für die Straßenreinerer ein Mindestlohn von 30 Pf. und denjenigen, die diesen Lohn schon bezogen, sollte 3 Pf. pro Stunde zugelegt werden. In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. April erklärte der Herr Stadtbaurat Darms, daß gegenwärtig eine neue Arbeitsordnung ausgearbeitet würde, worin der 10stündige Arbeitstag und anstatt der Stundenlöhne Tagelöhne eingeführt werden sollten. Der Lohn sollte demnach im Winter der gleiche wie im Sommer werden. Diese neue Arbeitsordnung ist nun den Tiefbauarbeitern sowie den Gartenarbeitern ausgearbeitet worden. Nimmt man Einbild, so muß man zugeben, daß hier einmal was geschaffen wurde, was für die Arbeiter von Vorteil sein dürfte. Doch sehen wir uns dieses Ding einmal etwas genauer an. Die §§ 1 bis 27 behandeln die allgemeinen Bestimmungen. § 28 behandelt die Familienzulagen. Nach diesem soll einem jeden über 25 Jahre alten Arbeiter, sofern eheliche Kinder da sind, eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. zuteil werden.

§ 29 behandelt die Fortgewährung des Lohnes in Krankheitsfällen und bei Unfall. Hiernach soll der Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 6 Monaten gewährt werden. Während der ersten 14 Tage der Krankheit wird diese Vergütung nicht gezahlt. Der § 30 regelt den Lohnbezug bei Arbeitsübungen. Den zu Übungen Eingezogenen soll ein Zuschuß in der Höhe des regelmäßigen Lohnes zuteil werden. Auf unbeschäftigte oder verweilende Arbeiter findet, sobald sie nicht für erwerbsfähige Eltern oder Kinder zu sorgen haben, dieser Paragraph keine Anwendung.

Nach § 31 kann den Arbeitern, die länger als 3 Jahre der Lohnklasse B angehören, ein Urlaub von 4 Tagen, denjenigen, die dieser Lohnklasse länger als 6 Jahre angehören, können 5 Tage und nach 9 Jahren endlich kann ein Urlaub von 6 Tagen gewährt werden. Die §§ 32–39 behandeln die Einführung, Zusammenfassung, das Wahlverfahren und die Geschäftsführung von Arbeiterausschüssen. Im § 40 und 41 sind die Übergangsbestimmungen und das Inkrafttreten der Arbeitsordnung vorgesehen. Ein jeder Leser wird sich sagen, daß hier einmal was geschaffen wurde, was auch auf andere Stadtverwaltungen vorbildlich wirken wird! Doch es kommt anders. Kaum nach kurzer Zeit, als diese Arbeitsordnung das Licht der Welt erblickt hatte, erschien eine Bekanntmachung, die das folgende besagte:

**„Bekanntmachung.**

Der § 28 und die §§ 33–39 und 41 der am 28. Mai ausgegebenen Arbeitsordnung werden zurückgezogen.

Der Rat der Stadt Chemnitz. Tiefbauamt.“

Nach dieser Bekanntmachung ist den Arbeitern das beste, was die Arbeitsordnung enthielt, wieder entzogen worden. Der § 28 mit seiner Familienzulage, sowie die §§ 33–39, die die Arbeiterausschüsse betrafen, sind zurückgezogen und das Inkrafttreten der Arbeitsordnung nach § 41 ist ebenfalls illusorisch gemacht worden. Schade ist es um die Arbeit, die man sich gemacht, und um die Truderschwärze, die hierzu verwendet worden ist. Besser kann man die städtischen Arbeiter nicht wasführen, erst gibt man, dann nimmt man mit beiden Händen, was mit der einen gegeben worden ist. Nun hat auch sonst diese Arbeitsordnung noch verschiedene Mängel, z. B. muß ein Arbeiter 2½ Jahre tätig sein, ehe er in die Lohnklasse B kommt oder als ständiger Arbeiter betrachtet wird. Nach 2½-jähriger Tätigkeit endlich wird dann den ungelerten Arbeitern der horrenden Lohn von 3,20 M., 3,30 M. usw. zuteil. Wie schon vorgemerkt, kann nach § 31 den ständigen Arbeitern, die länger als drei Jahre der Klasse B angehören, ein Urlaub von 4 Tagen gewährt werden. Rechnet man die 2½ Jahre hinzu, die derselbe als nicht ständiger Arbeiter oder der Klasse A angehörig schon beschäftigt ist, so kommen 5½ Jahre heraus, ehe derselbe einige Tage ausspannen kann. Die Minderständigkeit der Stadtverwaltung dokumentiert sich in diesen einzelnen Fällen zur Genüge.

Lassen wir nun zur besseren Orientierung die Lohnsätze der einzelnen Arbeiterkategorien des Tiefbau- und Vermessungsamtes folgen. Voraussetzung bleibt hierbei immer wieder, daß ein Arbeiter 2½ Jahre beschäftigt sein muß, ehe er in die Lohnklasse B eintreten kann.

**Lohntafel für die Arbeiter des Tiefbau- und Vermessungsamtes der Stadt Chemnitz.**

Lohn- klasse	Lohnsätze						Beschreibung
	der Arbeiter der Klasse B der einem Diensthälter von						
	1-2	3-4	5-6	7-8	9-10	11-12 u. mehr	
Jahren nach Uebertritt in die Klasse B							
	Stufe a	Stufe b	Stufe c	Stufe d	Stufe e	Stufe f	
<b>A. Tagelohnsätze.</b>							
I	3,20	3,30	3,40	3,50	3,60	3,70	Handarbeiter.
II	3,50	3,60	3,70	3,80	3,90	4,—	Vorarbeiter.
III							Schleusen- und Aushreiner:
a	4,—	4,10	4,20	4,30	4,40	4,50	Außenarbeiter.
b	4,10	4,20	4,30	4,40	4,50	4,60	Innenarbeiter.
<b>B. Wochenlohnsätze.</b>							
IV	21,—	21,00	22,80	23,70	24,60	25,50	Mechaniker.
V	22,80	23,70	24,60	25,50	27,—	28,20	Hilfsarbeiter, Hilfs- drucker.
VI	24,—	25,20	26,40	27,60	28,80	30,—	Maler, Zimmer- leute.
VII	27,—	28,20	29,40	30,60	31,80	33,—	Schlosser, Schmiede, Blaudruher.
VIII	30,—	31,20	32,40	33,60	34,80	36,—	Steinbohrer, Maurer, Maschinenf., Straßwagensführ.

Um nun die Arbeitsordnung nicht ganz zu verurteilen, wollen wir auch anerkennen, daß sie einiges gute an sich hat. Den Straßenreinigern ist der 10 stündige Arbeitsan zugestanden worden. Desgleichen sind an Stelle der Stundenlöhne Tage- und Wochenlöhne

getreten. Nur bedauerlicherweise nicht für alle Arbeiter. Gegenüber hat man es bei den Gartenarbeitern bei der 11 stündigen Arbeitszeit gelassen. Die praktische Seite der Arbeitsordnung und die vorherrschenden Mißstände werden in einem weiteren Artikel behandelt werden.

Den städtischen Arbeitern aber sei zugerufen: Laßt Euch nicht durch die Lästliche Eurer Vorgesetzten täuschen und vom richtigen Wege abbringen. Es ist alles eitel Geflüster, wenn sie Euch zureden, daß Ihr weiter kommt, wenn Ihr Euch Eurer Organisation selbst gründet. Diese Herren wissen sehr wohl, warum sie das tun, sie wollen sich bloß nach oben gut finden machen. Gebt ihnen die richtige Antwort dadurch, indem Ihr treu zu Eurer Organisation steht.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1909.

### III. Was durch die Lohnkämpfe erreicht wurde.

Der günstigere Ausgang der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe findet auch seinen Niederschlag in den erhöhten Resultaten, welche durch die Bewegungen in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen erzielt worden sind.

Es wurde durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeinstellung erreicht insgesamt: eine Arbeitszeitverkürzung für 66 794 Personen in Höhe von 215 813 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 243 400 Personen im Gesamtbetrage von 445 545 Mark pro Woche.

Für jeden Beteiligten betrug im Durchschnitt die Arbeitszeitverkürzung pro Woche 1905: 3¼ Stunden, 1906: 3¼ Stunden, 1907: 3¼ Stunden, 1908: 3 Stunden und 1909: 3¼ Stunden. Die Lohnerhöhung betrug für jeden Beteiligten 1905: 2,08 M., 1906: 1,86 M., 1907: 1,92 M., 1908: 1,55 M. und 1909: 1,83 M. Die Durchschnittsraten des Jahres 1909 haben sich im Vergleich zu denen des Jahres 1908 gehoben, ein Resultat, das nach der wirtschaftlichen Struktur des Berichtsjahres kaum erhofft werden konnte, und aber in Bezug auf die zu erwartenden Erfolge in den nächsten Jahren als ein gutes Vorzeichen gelten kann. Es wurden dann noch außer den vorstehenden Resultaten für 136 203 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt.

Die Feinde der modernen Arbeiterbewegung pflegen u. a. auch darauf hinzuweisen, daß der Schaden, welchen die Arbeiter bei Durchführung von Streiks erleiden, die Erfolge der Kämpfe weit überwiege. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß die bei den Kämpfen errungenen Resultate nicht von denen getrennt werden können, welche auch durch die Bewegungen ohne Arbeitszeinstellung erreicht werden. Erst von dieser Grundlage aus ist es möglich, die Erfolge der wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter richtig einschätzen zu können. Der Streik dient den Gewerkschaften nur als das letzte Mittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen, wenn alle anderen Mittel zur Erreichung dieses Zieles versagen. Hat die Arbeiterkraft aber erst einmal zu der Waffe des Streiks gegriffen, so weiß sie auch, daß es sich dann nicht mehr allein um die Erreichung materieller Erfolge handelt, sondern auch um die Niederwerfung eines Teiles jener Macht, die sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstellt!

Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist seit dem Jahre 1905 nach, welchen großen Anteil gerade die friedlich verlaufenden Bewegungen an den Errungenschaften haben, und dieses Moment tritt auch wieder bei den Resultaten der Bewegungen des Jahres 1909 hervor.

Von den oben angegebenen Resultaten entfallen auf die Bewegungen ohne Arbeitszeinstellung: eine Arbeitszeitverkürzung für 49 692 Personen = 74,4 Proz. in Höhe von 168 587 Stunden pro Woche = 78,1 Proz. und Lohnerhöhungen für 178 071 Personen = 73,2 Proz. im Betrage von 304 567 M. pro Woche = 68,4 Proz.

Die Resultate der Bewegungen kommen aber nicht allein in dem Erreichten zum Ausdruck, sondern auch in dem, was an unabgeklärten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt werden konnte.

Es wurden abgewehrt: eine Arbeitszeitverlängerung für 4128 Personen in Höhe von 15 858 Stunden pro Woche, ferner Lohnreduzierungen für 31 479 Personen im Gesamtbetrage von 66 213 Mark pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden abgewehrt für 46 718 Personen. Dagegen traten Verschlechterungen ein: eine Arbeitszeitverlängerung für 328 Personen in Höhe von 1408 Stunden pro Woche, ferner Lohnreduzierungen für 3952 Personen im Gesamtbetrage von 7763 M. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen traten ein für 2521 Personen.

So bedauerlich es ist, daß Arbeiter in den Zeiten ständig steigender Lebensmittelpreise noch Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen müssen, so muß doch bei dem Vergleich der vorliegenden Resultate anerkannt werden, daß die Arbeiter auch bei den Abwehrbewegungen den erheblichsten

Erfolg auf ihrer Seite hatten. Es muß dieses Resultat um so höher eingeschätzt werden, als die Arbeiter bei den Abwehrbewegungen von vornherein mit ungünstigeren Chancen zu rechnen haben. Es wäre jedoch zu wünschen, daß die Gewerkschaften in Kürze so erstarben, daß von eingetretenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr die Rede ist.

Von den Errungenschaften entfallen auf die Aussperrungen: eine Arbeitszeitverkürzung für 3589 Personen in Höhe von 10 379 Stunden, ferner Lohnerhöhungen für 17 065 Personen im Gesamtbetrage von 37 793 Mark. Des weiteren wurde abgewehrt: eine Arbeitszeitverlängerung für 182 Personen in Höhe von 546 Stunden, ferner Lohnkürzungen für 2236 Personen im Gesamtbetrage von 5188 Mark. Es trat ein: eine Arbeitszeitverlängerung für 48 Personen in Höhe von 144 Stunden, ferner Lohnkürzungen für 194 Personen im Gesamtbetrage von 439 Mark. Ein Vergleich der Resultate zeigt, daß auch bei den Aussperrungen die Unternehmer bezüglich schlecht abgeschnitten haben. Das, was an Verschlechterungen eingetreten ist, kommt gegenüber dem Erreichten und dem Abgewehrten kaum in Betracht.

Bei den Bewegungen insgesamt wurden 1913 korporative Arbeitsverträge für 159 628 Personen abgeschlossen. Inwiefern die Abschlüsse von Tarifverträgen als Erfolge der Arbeiter zu bewerten sind, kann nur bei näherer Kenntnis der Vertragsbestimmungen beurteilt werden.

Durch die vorliegende Statistik ist der Nachweis erbracht worden, daß die Erfolge und Resultate der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe günstiger waren, als sie 1908 erzielt wurden. Dieses Ergebnis ist erfreulich, jedoch kann es uns nicht vollständig befriedigen, steht doch das Errungene hinter dem, was in früheren Jahren erreicht wurde, zurück. Auch kann das Errungene selbst, soweit es sich um Lohnerhöhungen handelt, nur als ein Ausgleich gegenüber den Lasten angesehen werden, die durch eine unglückliche Steuerpolitik des Staates der deutschen Arbeiterschaft aufs neue auferlegt wurden.

Aber gerade diese Aufbürdung neuer Lasten wird für die deutsche Arbeiterschaft, in Verbindung mit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur, einen mächtigen Ansporn bilden, in den nächsten Jahren umfangreiche Lohnverbesserungen in dem Maße anzustreben, daß durch diese nicht nur ein Ausgleich in der Lebenshaltung, sondern eine Verbesserung derselben erreicht wird.

Das Ergebnis der Bewegungen des Jahres 1900 scheint uns für die erfolgreiche Durchführung künftiger umfangreicher Bewegungen ein gutes Vorzeichen zu sein. Welch ein erheblicher Unterschied besteht nicht in dem Stand der Gewerkschaften und ihren Kämpfen während der jüngsten Krisenperiode, gegenüber der in den Jahren 1900 bis 1902 stattgefundenen! — Wohl ist auch die jüngste Krisenzeit nicht ganz spurlos an den Gewerkschaften vorbeigegangen, sie unterbrach vorübergehend das Wachstum derselben, aber nicht im geringsten wurde ihre Aktionskraft geschwächt, dafür hat die Statistik der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen einen deutlichen Beweis erbracht.

Nach unter der ungünstigen Einwirkung einer dankerliegenden wirtschaftlichen Konjunktur und ungeachtet der schädlichen Nachwehen derselben, stellt sich das gewerkschaftlich organisierte Proletariat seinem wirtschaftlichen Gegner zu neuen hartnäckigen Kämpfen, die von Erfolgen für die Arbeiter begleitet sind.

Wir lernen aus diesen Erscheinungen, daß in erster Linie die Gestaltung der Lebenslage des Proletariats abhängig ist von der Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Das soll uns zugleich eine ernste Mahnung sein, in nie ermüdender Tätigkeit das Proletariat in den Gewerkschaften zu vereinen. Die vorwärts drängende Zeit ruft die Arbeiterschaft auf zu neuen Kämpfen, — neue Erfolge werden die Früchte dieser Kämpfe sein!

### • Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

Führen eines städtischen Fuhrparks für städtische Bauzwecke sind als „Bauarbeit“ unfallversicherungsspflichtig. Eine Stadtgemeinde besitzt einen einheitlich verwalteten Fuhrpark, welcher verschiedenartige Fuhrren im Interesse der Stadtverwaltung ausführt. Bei der auch für städtische Rechnung erfolgten Anfuhr des zum Einbauen und Pflegen des Hofes der städtischen Feuerwache erforderlichen Sandes ist ein Aufseher dieses Fuhrparks verunfallt. Das Schiedsgericht und das Reichsversicherungsamt haben die Stadtgemeinde zur Rentenzahlung verurteilt; letzteres mit folgender Begründung: Die unfallbringende Tätigkeit bestand in dem Veranlassen von Bauhelfern für Nachrüstung der besagten Stadtgemeinde durch ihre eigenen Arbeiter. Eine solche Tätigkeit ist eine Bauarbeit, wenn sie nicht schon an sich als Bestandteil eines anderen versicherungspflichtigen Betriebes sich darstellt. Diese Voraussetzung trifft im vorliegenden Falle nicht zu, weil es sich bei diesen besonderen Fuhrren nicht um einen gewerbsmäßigen Fuhrverkehrsbetrieb im Sinne des Ge-

werbe-Unfallversicherungsgesetzes handelt. Auch der Umstand, daß die Besagte die sämtlichen in ihrem Auftrage durch eigenes Fuhrwerk auszuführenden Fuhrleistungen in einer einheitlichen Veranstaltung, einem „Fuhrpark“ zusammengefaßt hat, der als Ganzes der Versicherung nach Maßgabe der Unfallversicherungsgesetze nicht unterliegt, bewirkt nicht, daß diejenigen einzelnen Fuhrleistungen, welche — wie beispielsweise die hier in Frage kommende als Bauarbeit — auf Grund des Gesetzes versichert sind, dadurch aus der Versicherung herausfallen. Für die Folgen von Unfällen bei den durch die Gemeinde als Unternehmerin ausgeführten Bauarbeiten hat diese selbst aber einzutreten.

### Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1910.

Bestand	Einnahme:	
Eintrittsgelder		242 787,80 RM.
Mitgliederbeiträge		1 591,—
Die Gewerkschaft		115 098,20
Protokolle		585,54
Stadender		43,50
Kulturate		2 110,70
Rufen		54,20
Sonstige Einnahmen		1 857,55
		61,55
	<b>Summa</b>	<b>363 690,04 RM.</b>

	Ausgabe:	
Streikunterstützung		19 578,03 RM.
für andere Gewerkschaften		1 000,—
Gemahregestelltenunterstützung		1 323,83
Rechtschutz		1 237,40
Arbeitslosenunterstützung		8 238,48
Strahlenunterstützung		24 953,54
Sterbeunterstützung		8 681,35
Agitation durch die Hauptkassen		20 670,28 RM.
das Hauptbureau		273,45
Lohnbewegung durch die Hauptkassen		1 745,15 RM.
das Hauptbureau		24,—
Teilnahme an Konferenzen und Kongressen		1 550,25
Beitrag an die Generalkommission		1 207,08
das Internationale Sekretariat für 1909		457,56
Die Gewerkschaft		15 105,66
Unterichtsurte und Bildungsmittel		870,80
Literatur		183,37
Invontar		128,—
Persönliche Verwaltungskosten:		
Gehälter		6 161,90 RM.
Stellungsgelder		575,80
Versicherungsbeiträge		228,73
Sachliche Verwaltungskosten:		
Druckkosten		371,— RM.
Bureaukosten		561,05
Materialien für die Filialen		382,85
Porto		721,16
Bureaukosten, Reinigung, Heizung u.		
Beleuchtung		1 578,51
Sonstige Ausgaben (hierunter 803,14 RM. an die Filiale Berlin.		
Anteil am Vermögen des Bademeisterverbandes)		981,34
	<b>Summa</b>	<b>113 847,56 RM.</b>

	Abschluß:	
Einnahme inkl. Bestand		363 690,04 RM.
Ausgabe		113 847,56
	<b>Reicht Bestand</b>	<b>249 842,48 RM.</b>

Hieron gelten 75 341,71 RM. als Fonds für die Sterbeunterstützung.  
Berlin, den 24. September 1910. G. H. Mann, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden.  
Die Revisoren:  
Carl Schabel, Emil Ruh, Karl Tiedemann.

### Zusammenstellung

über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 2. Quartal 1910.

	Einnahme:	
Einnahme der Filialen		321 680,22 RM.
Einnahme der Hauptkassen		246 904,20
	<b>Summa</b>	<b>568 674,51 RM.</b>

	Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen		74 204,35 RM.
Ausgabe der Hauptkassen		113 847,56
	<b>Summa</b>	<b>188 051,91 RM.</b>

	Abschluß:	
Gesamteinnahme		568 674,51 RM.
Gesamtausgabe		188 051,91
Reicht ein Vermögen von		380 622,60 RM.
Danon in den Filialen		130 780,12 RM.
Danon in der Hauptkassen		249 842,48

## Einnahmen und Ausgaben der

Gau	Gau	Zahl der Mitglieder				Bestand bei der letzten Ab- rechnung	Eintretende für Mitglieder		Beiträge für Mitglieder					Extra- steuern	Sonstige Ein- nahmen	Summe der Einnahmen		
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger		männl. und weibl.		männl.		weibl. und Jugendliche u. 25 J.		pension. u. 15 J.					
							männl.	weibl.	männl. à 40 Pf.	männl. à 35 Pf.	weibl. und Jugendliche u. 25 Pf.							
												abg.					zuz.	abg.
1	Mugaburg	400	338	12	—	928 10	93	—	—	—	954 40	599 90	—	—	1 50	11 30	8 60	1921 70
2	Berlin	6700	6606	94	—	2700 55	310	—	19 75	—	28817 20	851 20	765	—	159 90	8434 10	2018 81	67906 51
3	Brandenb.-Pom.	508	387	121	—	922 65	64	—	—	—	1278 80	804 30	—	—	10 65	68 70	17 05	3166 15
4	Bremen	1405	1363	42	—	4243 23	38 50	—	25	—	5400	115 15	5 50	—	1 65	1629 50	24 25	11458 03
5	Breslau	504	516	—	12	1364 09	7 70	—	—	—	1869 20	—	3 75	—	2 25	495 55	52 46	3794 80
6	Cöln	860	790	51	—	774 17	65	—	—	—	3555 20	255 90	10	—	—	1183 86	470 60	6294 62
7	Dresden	1753	1709	44	—	7786 94	45	—	—	—	7790 40	297 35	84	—	24 90	2872 95	111 89	19013 93
8	Düsseldorf	587	556	31	—	1694 85	43 50	—	—	—	2385 60	—	—	—	1 65	309 35	42 08	4487 03
9	Frankfurt a. M.	1818	1752	66	—	6104 38	111	—	2 50	—	7260 40	453 95	81 50	—	31 50	686 15	124 55	14855 93
10	Hamburg	5001	4774	227	—	27391 27	222	—	2 50	—	22788	—	305 25	—	41 85	12012 45	790 65	64173 97
11	Hannover	546	504	42	—	1961 52	27	—	—	—	2280 80	90 30	23 75	—	3 30	196 50	8 50	4521 67
12	Königsberg i. Pr.	582	574	8	—	297 21	22	—	—	—	546 10	1478 05	6 25	—	7 05	347 80	65 18	2789 94
13	Leipzig	2118	1946	172	—	2684 41	122	—	50	—	8650 80	989 10	98	—	26 65	1297 35	1757 14	15627 95
14	Lübeck	735	751	—	16	2628 63	10	—	—	—	328	—	148 05	—	3 90	1388 55	290 93	8737 06
15	Magdeburg	763	715	48	—	1002 86	26	—	—	—	2659 60	725 20	9 50	—	30	117 75	10 90	4390 81
16	Mannheim	2023	2000	23	—	4386 39	64	—	9	—	8053 60	578 10	195 50	—	22 35	625 25	172 27	14114 40
17	München	3143	3128	15	—	8122 20	127	—	17 25	—	11656 40	1833 75	558 25	—	37 05	5209 85	22 59	27613 34
18	Nürnberg	1894	1746	148	—	5888 62	60	—	1 25	—	7516	—	569 80	—	16 05	2298 05	498 41	17011 68
19	Strasbourg	940	925	15	—	5121 87	39	—	—	—	3776 140	18 55	72 75	—	49 65	929 40	132 95	10140 57
20	Stuttgart	2327	2220	107	—	6596 06	68	—	75	—	8659 20	617 40	152 75	—	63 90	2298 70	31 30	18488 00
21	Einzelmitglieder	253	254	—	11	—	33 50	—	6 25	—	220 80	741 20	246 50	—	—	—	3 75	1012
Summe		34790	33 31	1188	39	117430	1531	—	60	—	138897 20	10856 65	2576 75	—	587 75	43017 01	6653 86	321680 22

## Nachfolgend die zum Gau gehörenden Filialen nebst

Die in Klammern beigefügten Ziffern sind

Augsburg: Augsburg (123) 122, Augsburg-Land (62) 51, Alaisbach (80) 45, Ingolstadt (neu) 9, Kaufbeuren (46) 36, Kempten Oberwalde (3) 14, Fürstenwalde a. d. Sp. (23) 23, Guben (neu) 15, Kolberg (neu) 65, Kolmar (15) 17, Potsdam (18) 15, Spandau (41) 42, Breslau: (516) 504. — Cöln a. Rh.: Aachen (32) 31, Cöln a. Rh. (750) 802, Mülheim a. Rh. (17) 17. — Dresden: Lübeck (19) 18, Dresden Düsseldorf: Pommern (180) 190, Dortmund (3) 23, Düsseldorf (212) 204, Elberfeld (115) 118, Essen a. Ruhr (24) 28, Solingen (neu) 24. — Offenbach a. R. (172) 178, Weylar (9) 11, Wiesbaden (204) 225. — Hamburg: Altona-Hamburg: Harburg (4774) 5001. — Hannover: berg i. Pr.: Danzig (20) 28, Elbing (39) 40, Königsberg i. Pr. (461) 461, Marienburg (neu) 18, Tilsit (45) 37. — Leipzig: Chemnitz (335) 332, Mittweida (neu) 23, Plauen i. V. (65) 64, Riesa (28) 26, Zeitz (17) 20, Zwickau (83) 117. — Lübeck: Kiel (394) 374, Lübeck (261) 256, (neu) 35, Luedslund (8) 8, Stendal (25) 24, Wittenberg (17) 18, Wittenberge (22) 20, Zerbst (11) 10. — Mannheim: Alzey (35) 35, Altsiedel (305) 283, Landau (51) 49, Ludwigshafen a. Rh. (134) 142, Mannheim (965) 957, Neustadt a. d. G. (42) 43, Pirmasens Gabssee (52) 57, Landskron (42) 51, Mosburg (25) 17, München (2163) 2265, München-Land (92) 65, Plattling (28) 23, Rosenheim (20) 25, Raminberg (73) 81, Regensburg (158) 154, Erlangen (30) 35, Rürnberg i. V. (218) 225, Hof (10) 25, Rittingen (10) 12, Rürnberg (991) 1038, Schweiger (34) 37, Vöhring (20) 22, Markirch (14) 14, Mülhausen i. Elz. (375) 372, Offenburg i. V. (6) 21, Strassburg i. Elz. (335) 360. — (neu) 8, Heilbronn (210) 202, Horb (neu) 15, Konstanz (30) 27, Leutkirch (neu) 9, Ludwigsburg (4) 7, Nürtingen (neu) 11, Pforzheim (185) 189, Ingesamt 158 Filialen mit 34790 Mitgliedern. — In der Abrechnung vom I. Quartal 1910 betrug die Mitgliederziffer im Gau München 3128

## Kinderlegen und kein Ende?

Die bekannte unter diesem Titel erschienene Schrift des Arztes und Gen. Fritz Brupbacher in Zürich liegt jetzt in neuer, durch statistisches Material reichlich vermehrter Auflage vor. Sie kommt zu rechter Zeit, weil sie eines der wichtigsten Probleme der kämpfenden Arbeiterklasse mutig anpackt. Und weil gerade jetzt das werktätige Volk aus der Erleichterung der Lebenshaltung erheben muß, wie seine harten Kämpfe um die Erhöhung des Geldlohnes nur die Erhaltung des Sachlohnes bewirken. Deshalb ist es an der Zeit, der rein praktischen Frage, die mit den Theorien über die Bevölkerungstheorie gar nichts gemein hat, näher zu treten, ob die unbeschränkte Kinderzahl ein Hindernis oder eine Triebkraft in dem großen Kampfe der Arbeiterklasse bildet.

Was auch von modernem aufklärtem Trödel „fittlicher“ Bedenken gegen die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl ins Feld geführt wird, kann vollständig ausscheiden, weil das kämpfende Proletariat über die transzendentalen, von seinen Gegnern aufgetauten Hindernisse, lächelnd hinwegschreitet. Ja sogar alles grundsätzliche für und wider ist geeignet, der Frage ihren rein praktischen und persönlichen Charakter zu nehmen. Ihr mit prinzipiellen, bevölkerungstheoretischen und moralischen Gründen zu begegnen, heißt die für jeden Arbeiter wichtige Frage zu einem Problem der Ausflucht gestalten.

Wie sehr der „Kinderlegen“ die Arbeiterfamilie bedrückt, den Vater in der Vätertaug des Kampfes ums Dasein hindert, die Mutter zur Gehörmaschine herabwürdigt und die Kinder zu frühzeitigem Tode oder lebenslänglicher Minderwertigkeit verurteilt, das zeigen uns Statistik und Rationalökonomie. Die philanthropischen Mittel der Säuglingsfürsorge, des Wöchnerinnenkurses und der sozialen Hygiene reichen nicht aus, das Uebel an der Wurzel zu treffen, wie die Sterblichkeitsziffern nur zu deutlich zeigen. Gegenüber lehrt uns die Statistik, daß je tiefer die Stufe des Ein-

kommens ist, desto höher diejenige der Geburtenziffer und Sterblichkeitszahl ansteigt. Kraut, Geburtenhäufigkeit und Kindersterblichkeit gehen Hand in Hand. So daß der große Kinderarzt wieder mit Recht den Ausspruch tat: die Lebensfähigkeit und Lebensdauer der Kinder werden bestimmt durch das Verhältnis der disponiblen Lebensmittel zur Zahl derer, die sich darin teilen sollen.

Vor allem aber geht die von Brupbacher angeregte Frage die Mütter an, weshalb wir die Beschränkung der Kinderzahl eigentlich als den wichtigsten Teil der Frauenfrage ansehen. Rechtswürdigerweise hat man dies weder innerhalb der bürgerlichen noch der proletarischen Frauenbewegung begriffen, die Frauen scheinen die sie, ihr Lebensglück in erster Linie berührende Sache als ein Mährchen und mit einer Schen zu betrachten, die wiederum nur zu deutlich zeigt, wie tief uns noch die alten pseudomoralischen Formeln im Blut stecken. Und weil es gerade den Frauen obliegt, hier klar zu sehen und klar zu handeln, deshalb zitieren wir an dieser Stelle die eindringlichen Worte, die Brupbacher an sie richtet:

„In erster Linie leidet die Mutter unter zu vielen Geburten. Sie leidet geistig und leiblich. Vor allem die Arbeiterfrau. Sie kann sich, zumal wenn sie schon mehrere Kinder hat, nicht genügend pflegen und füttern wie die Frau der besseren Stände. Sie muß ihre Hausgeschäfte wie immer ohne Mägd oder Mägde besorgen, oder ihrer Arbeit anher dem Hause nachgehen. Sie wird es aus wirtschaftlichen Gründen möglichst lange tun. Soll man ja doch erst recht arbeiten, um doch einigermaßen vorzujorgen für die schwere Zeit des Kindbetts, die doch stets noch außergewöhnliche Kosten mit sich bringt. Für ihre eigene Person nicht genügend genährt, soll sie auch noch den ungeborenen Sproßling mit den Säften ihres Leibes erhalten. Die Schwangerschaft bringt sie herunter, weil sie auch in diesem Zustande viel, oft noch mehr arbeiten muß, nicht aber gehörig ernährt wird. Sie soll für zwei essen, der Mann verdient aber nicht etwa plötzlich mehr, wenn die Frau guter Hoffnung wird. Es wird also ein Defizit in ihrem eigenen Leib, an

# Gaue im II. Quartal 1910.

## Ausgaben

Ausgaben														Auf Kosten der Hauptkasse wurden gezahlt										Erfolge d. Verw.
Verwaltung	Kgl. station	Lohnbe- wegung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Kranken- Unter- stützung	Sonstige Unter- stützung	Partell- u. Sefre- latants- beiträge	Bil- dungs- mittel	Sonstige Aus- gaben	An die Haupt- kasse gelandt	Summe der Aus- gaben	Diebst Besand	Streit- Unter- stützung	Gemein- regelten Unter- stützung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Kranken- Unter- stützung	Sterbe- Unter- stützung								
176 60	—	—	—	—	47 60	45 50	—	20	1189 86	1479 50	442 14	661 80	112	—	139	120	1							
7748 06	944 25	756 60	924	1549	1238	986 40	53 46	972 35	2300 50	38081 62	28824 89	163 35	232 85	748 34	4715 84	1335	2							
158 03	29 18	—	1	66	81 10	77 35	10 50	132 42	1535 10	2175 62	900 53	199	97 09	12	90 35	110	3							
1141 23	68 30	—	—	402	649	249 46	39	49 40	4190 70	6779 09	4678 94	199 41	—	117	1131	536	4							
522 62	65 04	—	—	—	120	86 65	—	42 50	1413	2299 78	1555 02	429 13	—	83 35	552 67	210	5							
529 25	64 40	56	21 67	130 01	714 65	363 50	36 60	41 10	2913	4872 19	1422 44	—	—	42	433 35	80	6							
2166 69	138 83	3 37	158 59	318 21	949 65	242 50	5	51 80	6183 17	10215 81	8798 12	3092 48	—	371 33	1486 01	380	7							
329 70	23 54	6 75	10	130	132	89 60	4 20	100	1841 44	2867 23	1819 80	374 71	—	55	231	136	8							
1417 26	75 75	56	1 50	4	120	175 97	14 95	151 80	5990 30	8007 43	6848 50	145	138 08	199	904 52	620	9							
7502 34	491 15	—	37 08	864 13	5700 10	725 55	64 62	153 15	17577 33	33155 45	30998 52	134 88	—	111 67	2733 37	935	10							
347 38	10 10	28 50	45	177 34	83	81 34	7	30 10	1776 15	2584 91	1936 76	739 99	75	88	412 01	190	11							
387 99	54 10	4 50	—	16	126 60	14 60	218 86	1550 31	2372 98	306 96	112	45	16	256 68	45	12								
2201 35	113 12	12 55	—	221 72	1386 40	133 12	76 75	573 95	7472 60	12190 56	3437 39	5133 29	14 25	306 34	1206 36	420	13							
592 60	32 10	—	156 32	132 10	708 50	247 52	7 85	177 52	2767 47	4819 98	3947 08	1605 50	—	263	540 30	240	14							
498 59	87 09	—	4	15	60 20	113 97	—	101 11	2602 81	3482 77	1108 04	925 58	174 16	188 94	585 88	570	15							
1237 15	91 97	29 58	36	59	909 60	281 72	19 50	240 32	6703 66	9608 50	4506 96	1102 79	134 50	268	1803	480	16							
3381 48	206 75	109 80	21	539 03	2548	467 92	78 06	540 32	10767 43	18690 39	8862 95	2084 80	24	257	2856 20	571 25	17							
1549 24	50 07	—	1 50	103 55	837	545 31	24 45	303 07	6181 93	9076 12	7335 56	1223 87	46	115 67	1909 67	570	18							
739 65	128 96	43 51	31 20	193 65	683	245 69	45 73	60 15	2970 93	5172 47	4908 10	1336	—	58	1107 18	350	19							
1931 74	48 90	—	3	40 40	1459 48	402 25	30 21	484 42	7196 24	11645 64	6842 42	77 50	248	58 50	1671 80	680	20							
9 18	—	—	—	—	20	—	—	—	882 82	1012	—	—	—	55 34	25 33	110	21							
31703 12	2703 52	1112 16	1451 98	4895 74	19408 29	5756 62	539 48	4534 36	116095 75	190000 10	130780 12	18578 03	1329 83	3232 48	24863 54	9084 25	22							

## Mitgliederzahlen am Schluß des II. Quartals.

die Mitgliederzahlen vom vorigen Quartal.

(38) 34, Regensburg (82) 95, Straubing (7) 8. — **Berlin:** Groß-Berlin (8000) 6700. — **Brandenburg-Pomm:** Brandenburg (57) 57, Stettin (280) 260. — **Bremen:** Pant-Wilhelmshafen (102) 103, Brabe (neu) 19, Bremen (1164) 1188, Bremerhaven (54) 59, Oldenburg (33) 33. — (1472) 1490, Greiberg (53) 55, Gölzig (42) 49, Löbau (7) 5, Reichen (neu) 10, Reugersdorf (neu) 13, Pirna (15) 15, Zittau (101) 100. — **Frankfurt a. M.:** Wschaffenburg (20) 14, Frankfurt a. M. (755) 820, Frankfurt-Land (10) 11, Gießen (56) 47, Hanau (47) 41, Mainz (473) 471, Pölsfeld (107) 108, Prannschweig (80) 80, Cassel (64) 88, Hannover (219) 225, Hildesheim (17) 28, Minden i. B. (17) 17. — **Königs-Erimmischau** (9) 10, Eisenach (98) 101, Erfurt (50) 50, Gera (80) 95, Gotha (58) 60, Halle a. S. (180) 203, Jena (39) 44, Leipzig (898) 973, Kofstod (75) 79, Bismar (21) 20. — **Magdeburg:** Wschersleben (38) 34, Burg (15) 15, Dessau (26) 31, Magdeburg (553) 569, Nordhausen Tarnstadt (60) 71, Turlach (37) 33, Frankenthal (12) 21, Godeffau (75) 38, Heidelberg (182) 181, Homburg (neu) 50, Kaiserlautern (63) 65, (26) 30, Worms (22) 23. — **München:** Bad Reichenhall (51) 50, Venediktbeuern (39) 37, Teggenhof (43) 14, Eglfing (106) 116, Freising (68) 63, Ruhpolding (28) zum Arbeiterverband übergetreten, Thalham (204) 214, Traunstein (158) 140. — **Nürnberg:** Ansbach (17) 17, Zambach (17) 15, Schweinfurt (65) 64, Sonneberg (5) 3, Würzburg (152) 165. — **Straßburg i. Elß:** Colmar (16) 16, Freiburg i. B. (105) 98, Stuttgart: Aalen (neu) 10, Eßlingen (13) 15, Feuerbach (20) 27, Freudenstadt (neu) 13, Schw. Gmünd (44) 30, Göttingen (48) 46, Hall Neutlingen (neu) 15, Tübingen (neu) 19, Stuttgart (1543) 1564, Ulm a. d. D. (151) 140. — **Einzelmitglieder der Hauptkategorie:** (264) 263. — (anstatt 3758). Mit hin verändert sich auch die Gesamtziffer auf 33631.

ihrem eigenen Fleisch die Folge sein, denn irgendwoher muß doch Fleisch und Wein des Ungeborenen seine Nahrung hernehmen. Und das wiederholt sich mit jeder Geburt und mit jeder Geburt fällt die Frau mehr ab, altert zu früh und in gewöhnlich Mitte der 40er eine abgetragene Ruine mit runzeliger Haut, magerem Leib, gelb, kränklich, eine vorzeitige Greisin. Um so schneller kommen all diese Alters- und Zersäuerungserscheinungen, je häufiger nacheinander die Geburten sich einstellen. Und mit diesen Erscheinungen geht einher eine stets abnehmende Widerstandsfähigkeit gegen alle möglichen Krankheiten von Rheumatismus und Influenza bis zur Lungenschwindsucht. Denn der geschwächte Leib vermag sich nicht mehr zu wehren gegen die Krankheitskeime. So geht es der großen Mehrzahl der Proletarierfrauen. Schneller als bei ihren Geschlechts-genossen der bürgerlichen Stände zerfällt ihnen Jugend und Gesundheit in Dunst. Und gleich geht es ihrem Geist und Gemüt. Auch das Gehirn wird faßler, schlecht genährt und ausgezehrt, was sich zuerst in der Verposität offenbart, sodann aber im Geistes- und Gemütsleben. Außer den körperlichen Umständen treten die ständige Angst vor neuer Schwangerschaft, Nimmer und Sorge um die stets sich mehrenden Ausgaben hinzu.

Dazu kommen noch die vielen Unterleibsleiden. Die Arbeiter-frau muß aus wirtschaftlichen Gründen möglichst bald nach der Niederkunft ihr Bett verlassen, um den Säugling zu besorgen, die Hausgeschäfte wieder aufzunehmen. Denn wie reichte das schmale Einkommen des Mannes dazu, eine Hilfsperson anzustellen. Sie muß den Kleinen umhertragen, ihn waschen, aufleiden, muß lachen und pöken, bevor die Gebärmutter sich gehörig zurückgebildet hat, ist schon in den allerersten Tagen des Wochenbettes.

Nie wird eine wirkliche Frauenbefreiung möglich sein, solange die Frau noch so sehr unter der Last der Geburten leidet. Erst wenn sich die Frau von ihrer Sklaverei der Gebärmutter emanzipiert, wird sie sich überhaupt emanzipieren. Deshalb soll gerade die Frau sich energisch wehren gegen einen zu reichlichen Kinderlegen, und hat

man sehr paffend die Mittel gegen denselben als Frauenschub bezeichnet. Zu reichlicher Kinderlegen ist das größte Hindernis für die persönliche Vervollkommenung und die freie Entwicklung des Weibes. Geistig und körperlich richten zu viele Geburten die Frau zugrunde, machen sie zu einem tiefstehenden Wesen, einem Menschen zweiter Ordnung. Und wie grausam geplagt ist sie nicht auch mit den Kindern auf Jahre hinaus, wie beschränkt muß da ihr Horizont werden in dem steten Jammer, in Nimmer und Sorge um das allelementarste körperliche Wohlfühlen! Wie soll sie da der Frauenbewegung, dem Sozialismus sich anschließen, auch nur den Versuchungen des Mannes Verständnis entgegenbringen. Und so vegetiert fast die Hälfte der Menschheit und von dieser wird die andere Hälfte erzogen! Arme Kinder, arme Mütter!

So spricht ein ernsthafter Sozialpolitiker, ein alter Parteigenosse, ein erfahrener Arzt und wahrer Menschenfreund zu den denkenden, zum Selbstbewußtsein erwachten Arbeiterfrauen! Ihnen liegt es zuerst ob, die Schrift des Genossen Prupbacher zu lesen. Die Natur hat ihnen den größeren Teil der Sorgen und Lasten der Fortpflanzung des menschlichen Geschlechtes aufgebürdet. Deshalb sind sie vor allem berufen, die Mittel zu prüfen, die zur Erhaltung ihrer selbst und damit der Menschheit vorgeschlagen werden. Mögen sie sich endlich von dem Wahne befreien, als sei die Regulierung des Nachwuchses etwas Unnatürliches und daher Unstatliches. Unstatlich handelt die Gesellschaft, die durch ihre Einrichtungen die Arbeiterklasse degeneriert, sie im Interesse ihrer Selbsterhaltung zu Abwehr- und Schutzmaßnahmen zwingt.\*

\* Der Verlag der Schrift: „Arbeiterlegen und kein Ende“ von Dr. Fr. Prupbacher, W. Piel u. Co. m. b. H. in München, hat zu agitatorischen Zwecken für die Arbeiterorganisationen eine billige Ausgabe veranstaltet, die nur direkt vom Verlage in Partien von 100 Stück an zu beziehen ist.

## • Notizen für Gasarbeiter •

Aus den Frankfurter Gaswerken. Wie noch allgemein in Erinnerung sein wird, wurde den Gasarbeitern vor mehreren Wochen durch die wiederholten Maßregelungen, die in diesen Betrieben vorliefen, ein Kampf aufgezwungen, in dessen Verlauf die bisherige Gewalttätigkeit der Gassdirektion vollständig unter die Räder kam. Zum erstenmal mußte man sich herbeilassen, mit dieser verhassten und unterdrückten Organisation ein Vertragsverhältnis einzugehen. Die Arbeiter, die unter dem Druck seufzten und schmachteten, haben aus diesem Kampfe viel gelernt und den richtigen Weg gefunden, indem sie sich scharenweise der Organisation anschlossen. Anders scheint das aber bei der Direktion, oder besser gesagt, bei deren Sandlängern zu liegen. Es gibt dort immer noch Herren, die ihre frühere Beipfehlung und Bevormundung der Arbeiter noch nicht unterlassen können. Als Protektor derselben ist natürlich der Herr Dr. Froh zu kennzeichnen, welcher seine Nase sogar in die Privatverhältnisse der Arbeiter hineinsteckt und am liebsten jeden Kochtopf untersuchen möchte. Als ein besonders eifriger Diener seines Herrn erweist sich ein Herr Fraß, welcher bei seinen Spionagen sogar soweit geht, daß er in den Privatwohnungen Erkundigungen darüber einzieht, welche Zeitungen die Arbeiter lesen. Als bei der Direktion darüber Beschwerde geführt wurde, hatte man den edlen Mut, das einfach abzutreten, obwohl die Zeugen dafür angeboten wurden. Von derselben Güte ist der Spenglermeister Hann, welcher sich anlässlich einer einberufenen Versammlung in seiner ganzen Körperbreite am Allerheiligsten aufstellte, um zu beobachten, wer von seinen Leuten in die Versammlung geht. Auf geführte Beschwerde bei der Direktion hin ließ er: „Der Mann habe das aus Geschäftsinteresse getan.“ Bei aller Bescheidenheit müssen wir uns aber solche Vereinfachungen der Ausübung des Versammlungs- und Koalitionsrechtes als dem klaren Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufend verbitten. Daneben ist man eifrig bemüht, jede vorkommende Alleinigkeit dazu zu benutzen, um den einen oder den anderen aus dem Betrieb hinausbugsiieren zu können. Es hatte daher in Anbetracht des an den Tag gelegten Verhaltens der Direktion schon zu einigen Malen nicht mehr viel gefehlt, daß der Kampf aufs neue entbrannt wäre. Wenn es nicht so weit gekommen, dann ist das nur auf die Besonnenheit der Organisation zurückzuführen. Der Direktion sei daher nochmals in aller Ruhe gesagt, sie soll sich hüten, dauernd mit dem Feuer zu spielen. Ganz besonders führen auch die Arbeiter des Bodenheimmerwerkes Klage über die Zustände in der dortigen Kantine. Die bestehenden Mißstände sind auch bereits der Direktion mitgeteilt worden, die es aber trotzdem nicht für erforderlich hält, Abhilfe zu schaffen. Die Öffentlichkeit soll daher ihr Urteil darüber fällen. Wir schiden voraus, daß der Kantinenwirt, Wollenberg, sei sein Name, vollständig frei, ohne einen Pfennig Wette zu bezahlen, sein Geschäft betreibt und daher nach eigener Mitteilung der Direktion gute und billige Waren liefern soll. Herr Wollenberg aber, der erheblich billiger verkaufen könnte als jeder Krämer, begnügt sich nicht nur damit, dieselben Preise zu verlangen wie jeder Privatkaufmann, sondern er versteht es auch, noch erheblich teurer zu verkaufen. Dieses Geschäft besorgt er nun auf zweierlei Weise. Einmal sind in der Preisliste selbst die Preise für verschiedene Waren höher angesetzt als sonst, und andererseits versteht es Herr Wollenberg, sich noch beim Gewicht einen Extraverdienst zu verschaffen. Neben den Preisen, die die höchstzulässige Grenze aufweisen, kostet im Vergleich zum Konsum, die Flasche Bier 19 Pf., im Konsum 18 Pf.; das Pfund Kartoffeln 5 Pf., im Konsum 4 Pf.; das Pfund Zwiebeln 10 Pf., im Konsum 6 Pf.; ein Dering 10 Pf., im Konsum 8 Pf.; die Flasche Limonade 12 Pf., im Konsum 8 Pf.; die Flasche Sodawasser 6 Pf., im Konsum 5 Pf. Viel höher ist aber noch der versteckte Gewinn, den Herr W. sich durch die Arbeiter verschafft und der auf Grund der aushängenden Preisliste geradezu an Betrug grenzt. Für 3 Pf. gibt es 50 Gramm Brot, wonach das Pfund 15 Pf. kostet, auf der Preisliste steht es aber mit 13 Pf. Also an jedem Pfund ein Extraverdienst von 2 Pf. Butter gibt Herr W. für 6 Pf. 15 Gramm, so daß das Pfund in seiner Apotheke 1,08 Mk. kostet, auf der Preisliste ist es aber mit 1,30 Mk. verzeichnet. Hier beträgt der Extraprofit 68 Pf. pro Pfund. Ähnliche, wenn auch etwas weniger kraße Beispiele können wir auch noch bezüglich anderer Waren anführen. Herr W. versteht es also genau wie die Junker, den Arbeitern den Brotkorb möglichst hochzuhängen. In diesen Apothekerpreisen kommt noch, daß das Essen, besonders die Suppe, oft nicht zu genügen ist. Herr W. verfährt hier wie auf der Hochzeit zu Maaßen, indem er zuerst die schlechtere Suppe, das ist die vom vorigen Tage übriggebliebene, ausreicht und dann erst die frische; die erstere ist dann in den meisten Fällen sauer. Alle Verdorbenen haben aber Herrn W. nicht zu beßern vermocht. Wie er die Sache aufstellt, geht aus einer Ausrufung hervor, die er einmal tat: „Für 10 Mk. stelle er sich den ganzen Tag über nicht her.“ In der Direktion liegt es nun, hier einmal Ordnung zu schaffen. Gewichte das nicht, dann werden die Arbeiter einfach zu anderen Mitteln greifen.

## • Aus den Stadiparlamenten •

Gera. Die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder hatten im Gemeinderate beantragt, daß für die im städtischen Betriebe beschäftigten Arbeiter ein Arbeiterausschuß eingeführt und daß den Arbeitern, die 6 Wochen im städtischen Betriebe beschäftigt sind, statt des Tagelohnes Wochenlohn gezahlt werde, damit ihnen der Lohn für die auf Wochentagen fallenden Feiertage nicht abgezogen werden kann. Der Stadtrat verhielt sich zu beiden Anträgen ablehnend. Der Oberbürgermeister Dr. Gubn erklärte, Arbeiterausschüsse seien überflüssig, der Arbeiterausschuß würde sich als Herr aufspielen und dergl. Ein Gemeinderatsmitglied meinte, der Arbeiterausschuß würde wohl nicht gefordert, um die Wünsche der Arbeiter zu vertreten, sondern um den Briefträger für die Gewerkschaft zu machen. Der Antrag auf Errichtung von Arbeiterausschüssen wurde denn auch abgelehnt; nur wenige bürgerliche Gemeinderatsmitglieder stimmten für den Antrag. Der „reichstreue“ Textilarbeiter Ehardt sprach sich nicht für die Einführung der Arbeiterausschüsse aus. Gegen den zweiten Teil des Antrages, die Bezahlung der Feiertage, erklärte sich der Stadtrat deshalb, weil dann die privaten Gewerbetreibenden nachfolgen müßten. Der Antrag wurde aber trotzdem vom Gemeinderate einstimmig angenommen. Ach ja! Das Verständnis für Arbeiterangelegenheiten ist keine leichte Sache.

## • Aus unserer Bewegung •

Reinthal. Im Oktober v. J. reichten unsere Kollegen verschiedene Forderungen ein. Dies veranlaßte den Bürgermeister, eine neue Arbeitsordnung herauszugeben. Diese erlegt den Arbeitern eine Menge bindender Verpflichtungen auf, sieht außerdem viele Strafen für die Arbeiter vor, während sie den Vorgesetzten den weitesten Spielraum läßt, die einzelnen Sanktionen je nach Belieben anzuwenden. Nach § 3 werden die Arbeiter verpflichtet, auch während der Pausen den Betrieb zu überwachen und erforderlichenfalls dessen Apparate, Maschinen, Dampfessel, Ofen usw. zu bedienen und zwar ohne besondere Vergütung. Der letzte Absatz setzt die Löhne der Arbeiter pro Arbeitsstunde fest wie folgt:

Erste Ofenhausarbeiter anfangs 45 Pf., steigend bis 52 Pf.  
Zweite Ofenhausarbeiter anfangs 43 Pf., steigend bis 50 Pf.  
Düsl., Hof- usw.-Arbeiter anfangs 38 Pf., steigend bis 42 Pf.  
Innallature und Gaschlosser anfangs 38 Pf., steigend bis 53 Pf.

Wie und wie oft die Löhne steigen, ist nicht angegeben. Das brauchen die Arbeiter nicht zu wissen. Eine Lohnzulage haben indes nur die Ofenhausarbeiter erhalten. Sie beträgt bei den ersten 2 Pf., bei den zweiten 4 Pf. pro Stunde, so daß erstere jetzt 48 Pf., letztere 46 Pf. pro Stunde erhalten. Die übrigen Arbeiter sollen ihre Zulage erhalten, wenn die Wertstelle auf der Gasanstalt fertiggestellt ist. Hier ist noch zu erwähnen, daß die Ofenhausarbeiter bei Tage 12 Arbeitsstunden, bei Nachtschichten 11 Arbeitsstunden berechnet bekommen. Sonst wurden nur elf Stunden bei Tage als auch bei Nacht bezahlt. § 8 gewährt den Arbeitern des Gas- und Wasserwerkes nach fünfjähriger Dienstzeit 8 Tage Sommerurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes. Dieser wurde vordem nicht gewährt. § 10 befreit die 21jährige Beschäftigten und nicht 25 Proz. Zuschlag für die Ueberstunden vor, was vordem auch nicht der Fall war. An den Sonntagen arbeitet von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr eine Ersatzschicht, während die ordentliche Schicht von 2 Uhr Sonntags bis 6 Uhr am Montag früh arbeiten muß. Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Sonst nur die Sonntage. Eine Kündigungsfrist ist nicht vorgesehen. Als unsere Forderungen eingereicht wurden, hatte der Meister nichts eiligeres zu tun, als unseren Vertrauensmann auf der Stelle zu entlassen. Auch eine Reihe anderer Kollegen sollten noch springen. Dagegen suchte er Feuerhausarbeiter in Dildon und den sonstigen unliebsamen Ortschaften. Sogar die Leute, die früher einmal auf dem Gaswerk gearbeitet haben, hat er brieflich ersucht, auf der Gasanstalt Arbeit anzunehmen. Nur dem ruhigen und besonnenen Vorgehen unseres Vertrauensmannes ist es zu danken, daß es nicht schon damals zum Strich kam. Er wurde wieder eingestellt und erhielt die veräumelte Arbeitszeit vergütet. Jetzt, nachdem die Arbeitsordnung herausgegeben wurde, hat man wieder drei bis vier Mann entlassen. Einer davon hat angeblich gegen den § 3 gehandelt. Er hat nicht den Vorteil des Wasserwerkes gefördert, weil er einem Mitarbeiter im Vertrauen erzählt hat, daß bei den letzten Ständeaufnahmen der Wassermeister einiger größeren Establishments die Stände zu hoch aufgenommen seien und der Meister deshalb die Plomben der Zähler gelöst und den Zeiger durch Ab- und Anlösen auf einen höheren Stand gesetzt habe. Der Arbeiter, der von der Sache Kenntnis erhielt, ein sogenannter Liebling des Meisters, hat die Sache ebenfalls weiter erzählt und so ist sie in die Öffentlichkeit gekommen. Jetzt sind beide entlassen. Ob der Bürgermeister, welcher zurzeit Ferien hat, den § 3 der Arbeitsordnung auf diese

Art ausgelegt wissen will, glauben wir allerdings nicht. Es bleibt abzuwarten, wie die Sache verläuft. Die Geschädigten sollen bereits Anzeige erstattet haben. Verstöße gegen die einzelnen Paragraphen werden mit Strafen von 25 Pf. bis zu 2 Mk. oder mit Entlassung bestraft. Es ist somit dem einzelnen Vorgesetzten an die Hand gegeben, zu bestrafen, wie er gerade will. Ist ein Arbeiter lieb Kind, dann kommt er eben mit der geringsten oder gar keiner Strafe davon, andere dagegen, hauptsächlich die organisierten Arbeiter, werden mit den höchst zulässigen Strafen belegt oder gar entlassen. Weiteres kommt eben wieder darauf an, wie man gerade Erfolg bekommen kann. Die ganze Arbeitsordnung ist, trotzdem sie erst jetzt das Licht der Welt erblickt hat, sehr der Reform bedürftig. Die Kollegen werden nicht verfehlen, bei Gelegenheit die Verbesserung der Satzungen zu verlangen und, wenn nötig, ihren diesbezüglichen Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen.

**Berlin.** In einer von über 600 Mitgliedern besuchten Versammlung am 18. September im „Gewerkschaftshaus“ erstattete Kollege W u h l y Bericht über die Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe und den Internationalen Kongress. Eingehend schilderte der Referent die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz, welche vom 4. bis 6. September in einem der fünf Volkshäuser in Kopenhagen tagte. Bemerkenswert sind die Lohnverhältnisse unserer Kollegen in der dänischen Hauptstadt, diese sind bedeutend besser gestellt wie die Berliner Kollegen. Der achtstündige Arbeitstag z. B. besteht dort für alle Gemeindearbeiter. Auf der Konferenz ist unter anderem die Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen und politischen Organisation zum Ausdruck gekommen. Alsdann ging Kollege W u h l y auf den Internationalen Kongress über. Seine äußerst interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. — In der Diskussion bemängelte Kollege P. S c h u l z die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats und der Konferenz. Es sei nicht genügend geleistet hinsichtlich der Statistik der Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auch der gegenseitigen Unterstützung bei Lohnkämpfen in den verschiedenen Ländern. Demgegenüber betont Kollege A. R o h s als internationaler Sekretär, daß die internationale Verbindung zurzeit noch nicht die Ausdehnung und Stärke erreicht hat, die notwendig ist, um all das zu leisten, was wünschenswert wäre und dementsprechende Beschlüsse zu fassen und sie auch durchzuführen. Die angeschlossenen Organisationen haben zusammen 45.000 Mitglieder, wovon auf unseren Verband allein 32.000 entfallen, somit trotz aller Bemühungen nur kleinere Verbände der Internationale sich angeschlossen haben. Immerhin hat die Konferenz insofern zum Ausbau der internationalen Verbindungen beigetragen, als sie das Sekretariat auf eine festere Grundlage gestellt hat. Ein Schlußantrag wurde hierauf angenommen. — Durch Verlesung eines Zirkulars des letzten ausgeschlossenen Rademeisters J o l i s c h wurde ins rechte Licht gerückt, was Geistes Kind er ist. — Einem von sechs aus den Betrieben Köpenicks ausgeschickten Mitgliedern gestellten Antrag auf weitere Mitgliedschaft soll statgegeben werden, wenn die Möglichkeit vorliegt, daß diese in Kürze wieder in städtische Betriebe eintreten. — Zwecks Aufnahme einer vom Verbandsvorstand angeregten Statistik über Entlassungen wegen Arbeitsmangel usw. in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September sind entsprechende Formulare an die in Frage kommenden Betriebe ausgehändigt worden. Bezüglich eines Schreibens des Verbandsvorstandes, wonach der Fabrikarbeiterverband die Gasanstalten zur chemischen Industrie gehörend betrachtet, also in ihr Quatulationsgebiet fallen, soll bei der Generalkommission durch den Verbandsvorstand Beschwerde erhoben werden, indem der auf dem letzten Gewerkschaftskongress gefasste Beschluß, wonach Kraft-, Licht- und Wasserwerke für uns zuständig sind, innegehalten wird. — Nachdem noch auf unser Stiftungsfest, welches am 22. Oktober in der „Brauerei Friedrichshain“ stattfindet, hingewiesen wurde und eine zahlreiche Beteiligung erwartet wird, erfolgte um 11½ Uhr Schluß der imposanten Versammlung.

**Berlin.** In dem neu in Betrieb genommenen Radialsystem XI der Kanalisation herrlichen Arbeitsverhältnisse, die jeder Beschreibung spotten und entschieden zu verurteilen sind. Auf der Pumpstation dieses Radialsystems am Wohnhof Weissensee grassiert derzeit die Spartaut, daß die Zahl der Arbeiter viel zu gering ist. Laut Arbeitsordnung tritt nach der Tagesmannschaft, die von früh 6 Uhr bis abends 5 resp. 6 Uhr arbeitet, die Nachschicht ihren Dienst an. Die letztere ist aber so schwach besetzt, daß sie bei eintretendem Regen die Arbeit nicht zu leisten vermag. Um den Betrieb nun in solchem Falle aufrecht erhalten zu können, hat man einfach verfügt, daß die abtretende Tagsschicht zwar nach Hause gehen kann, sich aber dauernd bereit zu halten und im Falle eines nachdrücklichen Regens Mann für Mann derselben nach der Pumpstation zur Arbeit zu kommen hat. Je nachdem — nach 2, 3 oder mehr Stunden — Jupiter Pluvius seine Schläusen wieder schließt, werden die Arbeiter nacheinander wieder heimgeschickt. Aus dieser rüchichtslosen Arbeitseinteilung ergibt sich, daß die Arbeiter über das die infolge der geforderten Tagesarbeit notwendig des Schlafes bedürfen, deren Chefherren ängstlich auf eventuelle Vorkommnisse achten müssen, um zur außerordentlichen Dienstleistung bereit zu sein und in nicht etwa im Versäumnisse um Lohn und Brot für die Familie zu kommen. So raubt naturgemäß diese

hange Sorge dauernd einem Familienmitglied die Nachtruhe. In diesem geradezu nichtswürdigen, weil jedem sozialen Empfinden ins Gesicht schlagenden Arbeitssystem kommt noch die unglaubliche Tatsache hinzu, daß den Arbeitern die solchermaßen geleistete Nacharbeit nicht bezahlt, sondern ihnen allen Ernstes zugemutet wird, diese Nacharbeitsstunden gelegentlich gegen eine gleiche Anzahl Tagarbeitsstunden zu verrechnen. Es gibt zwar einen Deputationsbeschluß, der so etwas verbietet; aber, wie man sieht, hat der neue Betriebsleiter von seinen älteren Kollegen schon gelernt: Anordnungen der vorgesetzten Behörde sind ihm Lust. Für die Zeit des Weges zur Pumpstation und zur Wohnung zurück wird ebenfalls kein Pfennig vergütet. Erwähnt sei hierbei auch, daß es mit den Bestimmungen über die gesetzliche Arbeitsruhe in dem neuen Pumpwerk auch nicht genau genommen wird. Eine schriftliche Beschwerde der Arbeiter gegen die geschändete mißbräuchliche Art der Nacharbeit bei dem Betriebsinspektor fand glatte Ablehnung. Da muß denn die Frage aufgeworfen werden: Weich die Direktion der Kanalisationswerke von den „Spartaut“-Ärkänen dieses Herrn? und: Sind Deputationsbeschlüsse gelegentliche Scherze oder soll man sie ernst nehmen?

**Chemnitz.** In der letzten Mitgliederversammlung in der „Vollschänke“ hielt Genosse S t r a u b e einen interessanten Vortrag über: „Die neue Reichsversicherungsordnung als Verschlechterung der Sozialgesetzgebung“. An der Hand eines reichen Materials wies der Referent nach, daß der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung den winzigen Verbesserungen gegenüber erhebliche Verschlechterungen bringt. Es gilt vor allem, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu zerschlagen. Die Arbeiterschaft muß sich einmütig und energisch zum Protest aufraffen, um dieses Attentat auf die Sozialgesetzgebung erfolgreich abzuwehren. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Dann wurde Kollege Müller als Unterlassierer gewählt. Insbesondere wurde auf die gewerkschaftliche und politische Organisation hingewiesen, für deren Ausbreitung und fleißiges Studium der Arbeiterpresse zu sorgen sei.

**Eberswalde.** Unsere Kollegen haben aus Anlaß ihrer unzulänglichen Entlohnung und ungünstigen Arbeitsverhältnisse der Direktion des städtischen Gaswerks Anträge auf Besserstellung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eingereicht. Doch das paßte dem Herrn Direktor nicht so recht in den Kram. Vom Standpunkte eines Oberscharfmachers geleitet, warf er die beiden Vertrauensleute rücksichtslos aufs Straßengpflaster, mit dem Hinweis, er hätte vom Magistrat Anweisung erhalten, keine „Aufwieglers“ in seinem Betriebe zu beschäftigen. Die Begründung, womit dieser übrigens sehr nervös veranlagte Herr seine Maßnahmen zu rechtfertigen suchte, ist allerdings sehr sadistisch. Sie ist vollständig ungenügend, um 2 Familienväter mit 6 resp. 5 unmündigen Kindern der Not und dem Elend preiszugeben. Daß von einer Aufwiegelung gar nicht die Rede sein kann, beweist auch das den Entlassenen ausgehändigte Zeugnis. Es lautet: „Dem Arbeiter A. T. beschleunigen wir hierdurch, daß derselbe vom 20. November 1899 bis heute bei uns als Ofenarbeiter (Feuermann) beschäftigt war, sich während dieser Zeit gut geführt hat und stets fleißig war. Die Krankenkassenbeiträge sind bis heute bezahlt. Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke. Güter.“ Durch die Ausgehändigung dieses Zeugnisses richtet sich der Unterzeichnete selbst. Eine Rücksprache des Gauleiters hatte negativen Erfolg. Der Herr Direktor wußte in seiner Verlegenheit nichts weiter hervorbringen als, daß es keinen Zweck hätte, sich mit dem Organisationsvertreter über diese Angelegenheit zu unterhalten. Er sah jedenfalls selbst ein, daß er mit seinen, den Arbeitern mitgeteilten Gründen Schiffbruch leiden müßte. Auch der weitere Schritt zum Beigeordneten, seitens der Gemahrgerechten war erfolglos. Dort wurde ihnen mitgeteilt, daß die Entlassung nicht von oben verfügt wurde. Damit sind also die Gründe des Herrn Direktors treffend widerlegt. Die Angelegenheit wird nun in der nächsten Stadtverordnetenversammlung ihren Fortgang nehmen. Wir sind jedoch nicht so naiv, zu glauben, daß den beiden Gemahrgerechten ihr gutes Recht wird und sie wieder in ihre Stellung zurückkehren. Einen solchen Entscheid darf man von der realistischen Mehrheit des Stadtparlaments zu Eberswalde nicht erwarten. Ist die Stadtverwaltung aber nicht jedes Menschlichkeitsgefühls bar, so wird sie nicht umhin können, den in der Gasanstalt beschäftigten Arbeitern, eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnhöhung zu gewähren. Wird doch heute noch bei 12 stündiger Arbeitszeit ein Schichtlohn von 3,75 Mk. gezahlt. Danach ist anzunehmen, daß die Betriebsleitung der Gasarbeiter nicht einzuschüden versteht. Den übrigen städtischen Arbeitern dürfte dies Vorstehende als Lehre dienen. Ihre Antwort darauf, daß man ihnen Steine statt Brot gibt, müßte sein: „Brot treten wir alle ohne Ausnahme der Organisation bei.“

**Salle a. E.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 17. September statt. Der Vorsitzende berichtete über den Ausbau unseres Unterstützungsfonds. Vom 1. Januar 1911 soll die Sozialunterstützung in Kraft treten. Wenn ein Kollege sich krank oder arbeitslos meldet, so bekommt er von dem Tage seiner Meldung an die Unterstützung ausgezahlt, wenn er mit seinen Wenden- und Sozialbeiträgen nicht im Rückstande ist. Dieser Beschluß wurde ein-

stimmig angenommen. Die Beantwortung der Interpellation, welche der Oberbürgermeister Dr. Nive wegen der Entlassung des Kollegen Lorenz gab, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 17. September 1910 gut besuchte Versammlung der Gemeindearbeiter nimmt mit großer Entrüstung Kenntnis vom dem Verhalten des Oberbürgermeisters gegen unsere Organisation, sowie gegen unseren Kollegen Lorenz. Die Äußerungen, die er am Montag, den 11. September 1910, in der Stadtverordnetenversammlung machte, enthielten viele Unrichtigkeiten. Die Versammlung protestiert dagegen und verspricht, bei den kommenden Wahlen nur für solche Kandidaten zu stimmen, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, und nicht eher zu ruhen, bis der letzte städtische Arbeiter sich der freien Gewerkschaft angeschlossen hat.“ Als Unterzeichner wurde Kollege Bachaus gewählt. Des weiteren gab Kollege Lorenz den Bericht über das bevorstehende Stiftungsfest, welches am 13. Oktober stattfindet. Einem Kollegen, welcher in große Not geraten war, wurden 20 Mk. bewilligt und eine Zellerksammlung für denselben veranstaltet. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, schloß der Vorsitzende mit einem anfeuernden Schlusswort die Versammlung. Mehrere Neuaufnahmen waren zu verzeichnen.

**Append.** Die Kollegen hörten in der Versammlung vom 17. September einen Vortrag des Genossen Nidel über: „Die Verschmelzung der Krankenkassen und ihre Notwendigkeit“. Redner schilderte in großen Zügen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der beiden hier am Orte bestehenden Krankenkassen. Er wies nach, daß nach dem Zusammenschluß viel Gutes für die Mitglieder herausspringen würde. Leider scheiterte die gute Sache an der Verwaltung der hier in Frage kommenden Fabrikarbeiterklasse nebst ihren Delegierten. Diese führen ins Feld, daß ihre Klasse seit 1883 besteht, während die Ortskrankenkasse erst vor zwei Jahren gegründet wurde. Seit der letzten Beitrags-erhöhung sind die Leistungen beider Kassen annähernd gleich. In der Diskussion erklärten sich die anwesenden Delegierten der Fabrikarbeiterklasse für den Zusammenschluß, da dann eine Klasse leistungsfähiger sei. Genosse Lohb als zweiter Vorsitzender der Fabrikklasse erklärte, daß in diesem Geschäftsjahr der Zusammenschluß nicht erfolgen könne, im Prinzip sei er damit einverstanden. Sodann wurde der Bericht der letzten Arbeiterausschuss-Sitzung vom Kollegen Müller gegeben, aus welchem hervorging, daß der Magistrat unseren Antrag auf Abänderung des Statuts für den Arbeiterausschuss nicht sympathisch gegenübersteht. Den Kartellbericht gab der Kollege Lohb. Er erwähnte die Kollegen, welche die Veranstaltungen des Bildungsausschusses zu besuchen, ebenfalls die der Jugendorganisation. Aufgenommen wurden vier Mitglieder. Die Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Kollegen Deutsch in üblicher Weise. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Sammlung für die Witwe des verstorbenen Kollegen 24,65 Mk. betragen hat. Zum Schluß wurden die Kollegen ersucht, in Zukunft viel mehr für den Versammlungsbesuch zu agitieren.

**Sangerhausen.** Vor kurzem sollte die Reinigung des der Stadtgemeinde gehörenden Möhrgrabens durch die Gemeindearbeiter ausgeführt werden. Das Reinigen dieses Grabens ist wohl die schlechteste Arbeit, die in der Gemeinde vorkommt. Die Leute müssen den ganzen Tag 40 bis 50 Zentimeter, an einigen Stellen sogar 70 bis 80 Zentimeter im Schlamm und Wasser stehen. Da nun einige dieser Leute die Erfahrung gemacht haben, daß diese Arbeiten schlimme Krankheiten zur Folge haben und ferner, weil diese Arbeit nicht im mindesten der Leistung entsprechend bezahlt wird, deshalb weigerten sie sich, diese Arbeit zu machen. Die Arbeiter wurden nun, solange diese Arbeit dauerte, ausgespart. Es wurde den Arbeitern einfach erklärt, wenn sie die Arbeit infolge ihres Gesundheitszustandes nicht verrichten könnten, sie ein ärztliches Attest beizubringen hätten. Einige Arbeiter haben auch ein Attest vom Arzt verlangt, da dieses aber Geld kostet, mußten sie unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Unter diesen Arbeitern waren einige, bei denen ein ärztliches Attest nicht nötig war, weil jeder Laie konstatieren konnte, daß solche gebrechliche Menschen zu solchen gesundheitsgefährlichen Wasserarbeiten nicht zu gebrauchen sind. Betrachtet man nun die Löhne, so findet man sofort heraus, daß diese Arbeiter nicht als vollkräftig betrachtet werden können. Unter denselben, die diese Wasserarbeiten verrichten mußten, war ein Arbeiter mit ganzen 16 Pf. Stundenlohn, einer mit 17, einer mit 18, zwei mit 20, drei mit 21 Pf. Stundenlohn. Nun gibt es allerdings bei jener schlechten Arbeit, was selbstverständlich ist, eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Durch diese Zulage kommt der niedrigst entlohnte Arbeiter auf 21 Pf. pro Stunde, der höchst entlohnte auf 26 Pf. pro Stunde. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die Meinungen sich weigern, die schlechte Arbeit auszuführen. Bei einem Stundenlohn von 16 bis 21 Pf. nach mehrere Wochen lang ausgeharrt zu sein, dazu die immer drückender auftretende Ausmagerung durch hohe Lebensmittelpreise, kann es etwas Aufreizendes geben? Deshalb läßt man diese Arbeiten nicht früher ausführen? Der Monat Juli wäre dafür doch geeigneter als der September. Die Graspächter sind verpflichtet, das Gras bis zum

1. Juli wegzuschaffen, und im September läßt man erst die beschwerliche Reinigung vornehmen. Ferner wäre es kein Fehler, wenn derartige Arbeiten frei vergeben würden, wie es schon früher gemacht worden ist, oder man gibt den Arbeitern einen entsprechend höheren Lohn. Auch wäre es angebracht, den Arbeitern einen einheitlichen Lohn zu geben, und nicht fünf Lohnstufen festzusetzen. Es bekommt jeder sein Teil abgemessen und muß einer so viel arbeiten wie der andere. Zahlt man diese niederen Löhne aus Sparamtsrücksichten, dann soll man bei anderen Gelegenheiten, wenn es sich um Unterstützungen höherer Beamten handelt, konsequenterweise auch sparsam sein. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war aber davon nichts zu merken. Dort wurde ohne lange Debatte eine Unterstützung von 200 Mk. an einen höheren Beamten bewilligt.

**Solingen.** Eigenartige Praktiken werden auf hiesiger Gasanstalt beliebt. Es werden jedes Jahr die Hälfte der Arbeiteraushilfsmitglieder durch Neuwahl ergänzt. Vor kurzem fand nun diese Wahl statt. Allgemein ist es üblich, daß zum Wahlakt auch zwei Mann aus den Reihen der Arbeiter gezogen werden. Das hat man hier nicht nötig. So eine Art Vorarbeiter (welchen Posten der Mann bekleidet, weiß überhaupt niemand, nur daß er Aufwärterdienste bei dem Betriebsleiter verrichtet) und der Betriebsleiter selbst waren bei dem Wahlakt maßgebend. Die Wahl soll geheim sein. Die Wahlzettel selbst wurden auf dem Bureau auf einem Stuhle, später in der Kastenrinne gesammelt. Die Wahlzettel mußten mit einem Namen für das zu wählende Mitglied und mit einem Namen für den Ersatzmann versehen sein. Hierzu war von der Betriebsleitung bekannt gemacht, daß der erste Name für das Mitglied und der zweite Name für den Ersatzmann gelte. Nun ist es vorgekommen, daß die Kandidaten einer Gruppe gleiche Stimmzettel hatten; trotzdem nun obige Bekanntmachung erlassen war, mußte hier das Los entscheiden. Wer das Los gezogen hat, weiß von den Arbeitern niemand. Es kann doch in diesem Falle eben nur der als Mitglied gewählt gelten, dessen Name als erster auf dem Stimmzettel verzeichnet ist. Warum denn noch das Los entscheiden lassen? War das Wahlergebnis etwa nicht angenehm? Werthwürdigerweise hat das Los für den eigentlich als Ersatzmann gewählten Arbeiter entschieden. — Die Fabrikarbeit geht gegen die normale Ortszeit 7 Minuten vor, weil man es für nötig befand, die Uhr vor einigen Wochen, als die Arbeiter bereits die Gasanstalt verlassen hatten, fünf Minuten vorzurücken. Die Folge davon war, daß am anderen Morgen über die Hälfte der Arbeiter einige Minuten zu spät zur Arbeit kamen. Die Leute wurden mit einem halben, teilweise auch mit einem ganzen Stundenlohn bestraft. Die Strafgebühren sollen zum „Festen der Arbeiter“ verwandt werden; bisher weiß aber noch niemand, in welchen Fonds diese Gelder fließen. Auch hat man noch niemals ein Verzeichnis der eingegangenen Gelder oder eine Abrechnung dieses Fonds gesehen! Beim Antritt bzw. Verlassen der Arbeit müssen die Leute die Kontrolluhr stecken. Hier ist es vor längerer Zeit vorgekommen, daß der Arbeitsantritt eines Arbeiters, der früh die Uhr rechtzeitig gesteckt hat, auf dem Kontrollblatt nicht vermerkt war. Abends hat er bis 1/2 9 Uhr gearbeitet und auch um diese Zeit die Uhr gesteckt, auf dem Kontrollblatt war anderen Tages der Stich auf 7 1/2 Uhr angegeben. Zwei andere Arbeiter hatten am 8. Uhr gesteckt, hier war gar kein Vermerk auf dem Blatt. Der Fabrikarbeiter hatte beim Verlassen der Arbeit um 7 40 Uhr gesteckt, anderen Tages war der Vermerk auf dem Blatt um 7 1/2 Uhr angegeben. Trotzdem man nun wußte, daß diese Leute gearbeitet hatten, haben sie doch nur für die Zeit Lohn bekommen, die nach der Kontrolluhr festgestellt wurde. Daß solche Zustände in einem städtischen Betriebe eintreten können, läßt tief blicken. Man soll dem Betreffenden, der sich auf diese Art an der Kontrolluhr Verschäftigung sucht, genügend Arbeit zuweisen, denn offenbar weiß der Mann die Zeit nicht totzuschlagen, sonst könnte man nicht auf solche tolle Gedanken kommen. An der Stadtverwaltung wird es sein, hier Abhilfe zu schaffen, sonst braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift.

**Stettin.** In unserer Mitgliederversammlung erstattete Kollege Gründemann den Kartellbericht. Er teilte u. a. mit, daß eine gemeinsame Zentralbibliothek errichtet werden soll. Kollege Sielaff brachte in Anregung, daß den Kollegen Gelegenheit gegeben wird, eine Sparanlage zu errichten und zwar, daß sie bei 10 Mk. à Marke 50 Pf. ein Guthaben erhalten beim Kollegen Schmidt. Darauf referierte Kollege Schmidt über die Hausagitation, die schon ein recht erfreuliches Resultat aufzuweisen hat. Es wurde noch über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen verhandelt. Es gilt auch, den „Volksboten“ zu lesen, denn erst dadurch würden wir nur zu unseren Zielen gelangen.

**Stuttgart.** Eine zahlreiche besuchte Versammlung der Gemeindearbeiter Stuttgarts tagte am Freitag, den 23. September, im Gewerkschaftshaus. Kollege Altwater gab zunächst den Bericht von der 2. Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe in Kopenhagen, welcher beifällig aufgenommen wurde. Ferner nahm die Versammlung den Tätigkeitsbericht des Arbeiterausschusses über seine abgelaufene zweijährige Periode entgegen, welcher vom Vorsitzenden, Kollegen Spang, in eingehender Weise

erstattet wurde. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, den 23. September, stattfindende allgemeine Versammlung der Gemeindefürsorge der Stadt Stuttgart anerkennt voll und ganz die erspriechliche Tätigkeit des in den letzten 2 Jahren amtierenden Arbeiterausschusses und spricht den ausschreibenden Kollegen deshalb den Dank der städtischen Arbeiter hierfür aus. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß auch der neu zu wählende Arbeiterausschuß in die Fußstapfen der bisherigen Ausschüsse tritt und in enger Verbindung mit der Organisation sein Mittel unverfälscht läßt, um die Lage der städtischen Arbeiter weiter zu heben. Die Versammelten sind jedoch der Ueberzeugung, daß das gesteckte Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn auch die Organisation immer weitere Fortschritte macht, bis auch der letzte organisationsfähige Kollege dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehört.“ Die Frage der Vertretung von Affordarbeit in städtischen Betrieben wurde ebenfalls lebhaft diskutiert. In Anbetracht der vielen Unzulänglichkeiten, zu welchen diese Angelegenheit speziell bei der Straßenbauinspektion, wo die Affordarbeit eine freiwillige ist, schon führte, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung beschließt, jedem Kollegen, der von seiner Betriebsleitung zur Affordarbeit nicht gezwungen werden kann, wird dieselbe verboten. Handelt ein Kollege gegen das Verbot, so ist von der Organisationsleitung das Ausschlussverfahren einzuleiten.“ Zur Aufstellung von Kandidaten in den neu zu wählenden Arbeiterausschuß referierte Kollege Gauer, welcher über die Ergebnisse der einzelnen Betriebsversammlungen berichtete. Die Versammlung akzeptierte die gemachten Vorschläge. In vorgerückter Stunde erstattete Kollege Stetter noch den Kartellbericht, wobei er speziell auf den Beschluß betr. Finanzierung des Bildungsausschusses zu sprechen kam und an dem Beschluß Kritik übte. Stetter schlug der Versammlung folgende Resolution vor: „Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Beschluß des Gewerkschaftskartells in der Frage der finanziellen Unterstützung des Bildungsausschusses. Die Versammlung ist der Meinung, daß, wenn das Kartell mit den gegenwärtig ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht in der Lage ist, einen angemessenen Beitrag zum Bildungsausschuß zu leisten, die dem Kartell angeschlossenen Organisationen pro Mitglied und Jahr einen Beitrag von mindestens 5 Pf. an das Kartell abführen sollten. Dieser Beitrag soll in voller Höhe dem Bildungsausschuß zugeführt werden. Die Versammelten beauftragen ihre Delegierten, im Kartell im Sinne dieser Resolution zu wirken.“ Auch diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Kollegen mochten wir hiermit noch ermahnen, auch alle sonstigen Versammlungen so zahlreich zu besuchen, sowie an der am 1. Oktober stattfindenden Wahl des Arbeiterausschusses sich vollzählig zu beteiligen und die Stimmzettel unabgeändert abzugeben, wenn sie ihre Interessen in richtiger Weise wahrnehmen wollen.

**Vorabend.** Die städtischen Arbeiter tagten am 25. September im Lokale von Martin. Der Besuch war gut. Besser wäre er jedoch gewesen, wenn nicht durch eigenmächtige Veranlassung des Postiers dem Handzettelverteiler durch einen Polizisten die Zettel abgenommen wurden. Gerade dieses Eingreifen der Behörde mußte die städtischen Arbeiter erst recht veranlassen, sich dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbande anzuschließen; denn durch dieses Vorgehen will eben die Stadterhaltung das Eindringen der Organisation unter ihre Arbeiter, denen sie einen ganz erbärmlichen Lohn zahlt, vereiteln. Das wird ihr jedoch nicht gelingen. Die nötigen Schritte gegen das Vorgehen der Polizei sind eingeleitet, und wir werden sehen, wer als Sieger hervorgeht. Den Vortrag in der Versammlung hielt Stadtk. Fredenbeck. Seine Ausführungen über die hohen Fleischpreise und andere Lebensmittel fanden den größten Beifall. An der Hand vieler Beispiele legte er den Mitgliedern klar, wie hoch in Deutschland der Lebensunterhalt in Bezug auf die Nachbarländer ist, wo der Lohn noch bedeutend niedriger ist als in Deutschland. Diese Teuerung sei in erster Linie hervorgerufen durch die hohen Zölle und die Grenzsperr, welche die Einfuhr von ausländischem Vieh nach Deutschland verbiete. — In der Diskussion gab Kollege Strahburg zu erkennen, daß die städtischen Arbeiter mit ihrem geringen Lohn nicht mehr in der Lage sind, sich ordentlich zu ernähren. Er forderte die Kollegen auf, sich dem Verbands anzuschließen, damit endlich eine Lohnforderung an den Magistrat gestellt werden kann, denn selbiger hat jetzt seinen Beamten eine Gehaltzulage wegen der Teuerung zukommen lassen, nur für die Arbeiter hat er nichts mehr übrig gehabt. — Unter Gewerkschaftlichem richtete Kollege Klein nochmals einen Appell an die Nichtverwandten und forderte diese auf, sich dem Verbands anzuschließen. Ferner gab er das Resultat der Ortskrankenkassenwahl bekannt, daß n. t. einer schweren Niederlage der „Christen“ geendet hatte. Weiter gab er bekannt, daß im Oktober Kollege Heinb. Düsseldorf Betriebsversammlungen abhält und forderte die Kollegen auf, für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen zu sorgen.

aus 21 Ländern nahmen daran teil. 18 Staaten waren offiziell vertreten, ausgenommen Deutschland. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, vertreten durch die Genossen Schmidt und Umbreit, hatte der Konferenz je eine Denkschrift zu den Fragen der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung unterbreitet. Darin wird zu beiden Fragen vom Standpunkt der Gewerkschaften Stellung genommen und besonders hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung die staatliche Förderung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosentassen empfohlen. Ferner sind kommunale Arbeitsnachweise nach folgenden Grundsätzen auszugestalten: a) Verwaltung durch eine in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in freier Wahl gewählten direkten Vertretern zusammengesetzte Kommission, unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden; b) Führung der Geschäfte durch aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangene Beamte; Wahl derselben durch die Verwaltungskommission; c) Ablehnung der Vermittlung von Arbeitskräften an solche Arbeitgeber und Dienstherren, welche motorisch ihre Pflichten als Arbeitgeber nicht erfüllen, sowie an solche Arbeitgeber, welche bei ausbrechenden Differenzen mit ihren Arbeitern in keine Verhandlungen zur Beilegung derselben mit der zuständigen Arbeiterorganisation eintreten wollen; d) genaue Feststellungen über die Lohnbedingungen und Veröffentlichung derselben mit den übrigen Ergebnissen der Arbeitsnachweistätigkeit; e) vertragsmäßige Verpflichtung der Arbeitgeber, die von dem Arbeitsamt angegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen nach erfolgter Einstellung auch zu erfüllen, um den Arbeiter oder Dienstboten vor Täuschung oder Benachteiligung zu schützen; f) vollständige Gebührenfreiheit und Uebnahme der gesamten Kosten auf die Gemeinde- oder Staatskasse. Deutschland hint nach dieser Richtung gegenüber anderen Staaten hinten nach. Belgien, Holland, Frankreich, Dänemark, Norwegen und die Schweiz sind bereits praktisch vorgegangen. Professor Westergaard-Kopenhagen gab den Bericht über die Arbeitslosenstatistik. Er verlangt in der Hauptsache fortlaufende Arbeitslosenzählungen an je einem bestimmten Tage des Monats. Die Statistik soll die Erforschung der Krankheit der Arbeitslosigkeit bezwecken. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten, wobei in erster Linie die Gewerkschaften als die geeignetsten Faktoren zur Durchführung der Statistik bezeichnet wurden.

**Ein internationaler Kongreß der Heimarbeiter** tagte Rittie September in Brüssel. Bei einem Ausflug in die Heimarbeiterzentren Hamme und Zele konnten sich die Kongreßteilnehmer mit eigenen Augen von dem grauenhaften Elend der Heimarbeiter überzeugen. In kleinen, von Schmutz und Unrat angefüllten Gäßchen stehen die Hütten dieser Proletarier. In der Regel haufen hier in zwei kleinen, kaum zwei Meter hohen Stuben Familien von 10, 12 und 15 Köpfen. Diese Kammern dienen zumeist als Arbeits-, Schlaf-, Wohn-, Koch- und Wäschraum. Die Entlohnung ist die denkbar miserabelste. So verdienen beispielsweise zwei Klöpplerinnen bei der sicherhaftesten Arbeit zusammen 12 Mk. die Woche. Eine Frau verdient durch Nähen von Spitzen bei täglich 10stündiger Arbeitszeit 2 bis 3 Franken die Woche. Doch unter solchen Verhältnissen die Kinderarbeit in der ausgeprägtesten Form grassiert, ist kein Wunder. Knaben und Mädchen von acht bis zwölf Jahren geben 12 bis 18 Stunden lang die Triebkraft für das Seilerrad ab. Wie stark die Gesundheit der Kleinen darunter leidet, beweist das Zeugnis eines Arztes am besten, der bei einem dreijährigen Kinde Berufskrankheit feststellte. Jeder Hund lebt besser als die Heimarbeiter dieser Gegend. Daß das Elend anderwärts nicht besser ist, bewies der Bericht, welchen die Kommission dem Plenum gab. Die Kommission 2 kam zu der Erkenntnis, daß bei dem Elend der Heimarbeit die Vorschriften der Hygiene so gut wie gar nicht beachtet werden und dieser Zustand eine große Gefahr auch für die Konsumenten bringe. Sie fordert daher in erster Linie Verbesserung der Wohnungen, strengste Durchführung der Gesetze betreffend die Hygiene und Einführung eines sachgemäßen Unterrichts in Gesundheitslehre. Um die Lage der Heimarbeiter zu heben, stellen die Kommissionen 3 und 4 folgende Forderungen auf: Gründung von Produktivgenossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen der Heimarbeiter. Solange letztere nicht in genügender Stärke bestehen, sollen sich die Fabrikarbeitergewerkschaften der Heimarbeiter anschließen. Von der Gewerkschaft wird verlangt: Einführung des Schulzwanges und Festsetzung eines Mindestlohnes. Die Unternehmer, Großhändler und Zwischenmeister sollen zu einer genauen Buchführung verpflichtet werden, in der sie die Art der Arbeit, die sie außer Haus geben, sowie den dafür zu zahlenden Lohn eintragen; der Arbeiter soll ein entsprechendes Buch erhalten. Der Gewerbeinspektor soll das Recht haben, die Zuverlässigkeit dieser Buchhaltung jederzeit zu prüfen. Für die Feststellung der Mindestlöhne sind gemischte Ausschüsse zu bilden. Die Löhne werden jeweils für bestimmte Fristen festgesetzt. Die Entscheidungen dieser Ausschüsse sind unter dem Schutz der Gesetze geschützt. Es ist eine Berufung an eine höhere Instanz vorzuziehen. Alle in der Heimarbeit ausgeübten Berufe sind in eine Reihe zu bringen, die nach ihrer Gesundheitsgefährlichkeit zu ordnen ist. Auf Grund dieser Aufstellung ist dann später zu entscheiden, welche Gattungen reglementiert und welche verboten werden sollen. — Zuletzt wird noch dem Alkoholismus der Kampf angeklagt.

### Internationale Rundschau

Die Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tagte vom 19. bis 24. September in Paris. 300 Delegierte

welcher unter den Seimarbeitern geradezu verheerend wirkt. Am Schlusse der Verhandlungen wurde noch ein dauernder Ausschuss eingesetzt, welcher die Vorbereitungen zum nächsten Internationalen Kongress der Seimarbeit treffen soll. Als Datum der nächsten Tagung wurde das Jahr 1912 ins Auge gefaßt.

**Belgien.** Die Stadtbehörde von Antwerpen hat den Vubapster Magistrat ersucht, ihr alle Daten betreffend die Rechtsverhältnisse, Arbeitslöhne und Dienstpragmatik der bei den Vubapster kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter mitzuteilen. Der Magistrat hat den Wunsch der Antwerpener Behörde erfüllt und ihr sämtliche gewünschten Daten eingesandt.

**Dänemark.** Ein glänzendes Bild stetiger Entwicklung zeigen die dänischen Gewerkschaften, die sogar in den Zeiten der schlimmsten Krise ihren Mitgliederbestand andauernd erhöhen konnten. Den zentralisierten Gewerkschaftsverbänden Dänemarks gehörten am 1. Januar 1910 insgesamt 98 643 Mitglieder an gegen 96 651 am 1. Januar 1909. Die Gesamtmitgliedszahl verteilt sich auf 62 Zentralverbände mit 1241 Verwaltungsstellen sowie 9 Lokalvereine. Die Einnahmen im Jahre 1909 betrugen insgesamt 3 473 909 Kronen, die Ausgaben 3 012 911 Kronen; 843 753 Kronen wurden für den Streit in Schweden verausgabt. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug über 3½ Millionen Kronen. Im Jahre 1909 bezogen 44 Unterhaltungsstellen für Arbeitslose — darunter 43 gewerkschaftliche — die vom Staate oder den Gemeinden vorgesehenen Zuschüsse oder Subventionen zur Arbeitslosenversicherung. Dieselben umfaßten 83 836 Mitglieder, einschließlich 6634 weibliche. Die Subventionen des Staates erreichten im letzten Jahre die Höhe von insgesamt 576 159 Kronen; dazu kommen noch bedeutende Mittel, die von den einzelnen Gemeinden für den gleichen Zweck bereitgestellt wurden.

**Frankreich.** Die französische Gewerkschaftszentrale hat jetzt ihren Tätigkeitsbericht seit dem letzten Gewerkschaftskongress Oktober 1908 herausgegeben. Es zeigt sich auch in Frankreich ein Fortschritt in der Mitgliederzahl sowohl als der inneren Festigung. Der Zuwachs an Mitgliedern seit 1908 beträgt 73 000. Damit ist die Zahl der organisierten Arbeiter auf 357 811 gestiegen. Die Zahl der Verbände ging von 63 auf 57 zurück, weil mehrere Organisationen sich verschmolzen haben. Die Zentralföderation vereinnahmt in der Berichtszeit 67 981 Frank und verausgabt 64 002 Frank. Der Kassienbestand betrug am 30. Juni d. J. 10 230 Fr. gegen 7150 Fr. zwei Jahre vorher. Das Zentralorgan der Konföderation, die „Voix du Peuple“, hat einen Kassienbestand von 1900 Fr. Der Zentralstreikfonds belief sich am 30. Juni d. J. auf 2225 Fr., womit man allerdings wenig anfangen kann. Die Gesamtausgaben betrugen während der Berichtszeit 59 695 Fr.

**Italien.** Die Streikereignisse in Neapel, die seit langem eine Volksbewegung planten, haben beschloffen, mit Rücksicht auf die Choleraepidemie, die ihre Arbeit unentbehrlich macht, vorläufig vom Streik abzustehen. In schändlichem Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß der italienische Justizminister einem Appellationsgerichtsrat sowie zwei weiteren Richtern das Gehalt entzogen hat, weil sie ihren Dienstort Trani ungenehmigt verlassen haben. Die drei Herren waren belohnunglos vor der Cholera ausgeschieden. Die gleiche Feigheit befandete auch der Bürgermeister von Trani; er ist nach Neapel ausgereist. Dazu paßt auch das Verhalten der Mautleute im italienischen Choleragebiet. Sie haben sofort den Preis für alle Desinfektionsmittel verdreifacht. — Um die Arbeiter vor allzu großer Ausbeutung durch Submissionsunternehmer staatlicher Arbeiten zu schützen, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten, Sacchi, Bestimmungen ausgearbeitet, die bei jedem öffentlichen Wettbewerb von Submissionsunternehmern angenommen werden müssen. Es wird festgesetzt, daß den Arbeitern bei öffentlichen Arbeiten ein Minimallohn zu zahlen ist, den die lokalen Arbeiterorganisationen gemeinsam mit den Unternehmerverbänden bestimmen. Wo solche Organisationen fehlen, gilt der für die Arbeiten in Staatsregie festgesetzte Lohn als Minimallohn. Die Arbeitszeit darf im Höchsfalle zehn Stunden betragen. Trudsystem ist verboten. Der Unternehmer darf weder unmittelbar, noch durch Einschlebung einer Zwischenperson die Arbeiter mit Wohnung und Nahrung versorgen; eine Ausnahme wird nur gemacht, falls die Arbeiter es selbst beantragen und die Direktion der öffentlichen Arbeiten die Preisliste gebilligt hat. Der Tagelohn darf nie in Gasthäusern oder ähnlichen Orten ausgezahlt werden. Strafgebet sind der Hilfsklasse der Arbeiter oder der Landesklasse für Invaliditäts- und Altersversicherung zuzuführen. Wenn der Unternehmer die Lohnzahlung über den ortszüblichen Termin hinauschiebt oder unter den Minimallohn herabsetzt, kann die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten die Zahlung selbst vornehmen und dafür die dem Submissionsunternehmer geschuldete Summe beschlagnahmen. Geldbußen bis zu 100 Lire für jeden einzelnen Fall sind vorgesehen. Bei uns blüht das Submissionswesen ungerecht lüppig weiter.

**Oesterreich.** Die Verladearbeiter im Wiener städtischen Lagerhaus, welche mit der Ausladung der Getreideschiffe betraut sind, haben kürzlich Lohnforderungen gestellt, und sind, als dieselben nicht bewilligt wurden, in den Ausstand getreten. Die Arbeiter rechnen damit, daß jetzt in dem Augenblicke des lebhaftesten Verkehrs ihre

Forderungen bewilligt werden würden. Die Lagerhausverwaltung hat sich jedoch bis jetzt ablehnend verhalten. — Eine Versammlung der festbesoldeten Beamten, Angestellten und Arbeiter in Wien, in der ungefähr fünfzehnwanzig Vereine, darunter auch Vereine von Eisenbahnern vertreten waren, beschloß, angesichts der allgemeinen Lebensmittelerhöhung und namentlich der enormen Fleischnot, an den Ministerpräsidenten eine Missionsdeputation zu entsenden und ihm zu erklären, daß die Unmöglichkeit der aktiven Dienstleistung verkündet werden müßte, wenn die Einfuhr argentinischen Fleisches nicht innerhalb Monatsfrist ebenso wie die Einfuhr von böhmischen Lebendvieh gewährt werde. Es wurde beschloffen, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß im entgegengekehrten Falle Hunderttausende von Beamten und Arbeitern die passive Resistenz verkünden und eventuell den Generalausstand proklamieren würden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach gleich nach Zusammentritt des Reichsrats eine Massendemonstration vor dem Parlament zu veranstalten sei, um den bezüglichen Medien der Abgeordneten mehr Nachdruck zu verleihen.

**Schweiz.** Trotz der kleinbürgerlichen Verhältnisse und der relativ geringen Entwicklung der Industrie bildet die sozialistische Bewegung in der Schweiz bereits einen sehr einflussreichen Faktor in der Gesetzgebung. Das zeigt recht deutlich die relativ starke Vertretung der sozialistischen Partei in den Gemeindeparlamenten. Die Zahl der sozialistischen Gemeindevertreter betrug bei der letzten Zählung bereits 350. Dieser Einfluss macht sich in der Entwicklung des Gemeindefortschritts besonders bemerkbar. Die Gemeinden gehen immer mehr dazu über, ihre Arbeiten in eigener Regie auszuführen und beschäftigen 1908 bereits gegen 7000 Arbeiter, davon Zürich rund 2000, Basel 1400, Genf 700, Luzern 430, Winterthur 286 usw. Wo die sozialistische Vertretung stark ist, wie in Zürich, beträgt die Arbeitszeit nur 8 bis 9 Stunden, bis 10 Stunden nur in kleineren Städten. Pensionsklassen für die Arbeiter bestehen in Basel, Lausanne, St. Gallen und Bern, in anderen Gemeinden sind sie in Vorbereitung. Während der Zeit der militärischen Übung erhalten die Arbeiter meistens den ganzen oder halben Lohn weiter bezahlt. Kommunale Wasserversorgung haben 80 Proz. der Gemeinden über 3000 Einwohner. Gemeinde-Elektrizitätswerke gibt es 180, davon 57 mit eigener Stromerzeugungsanlage, die Gaswerke sind zu 75 Proz. im Besitz der Gemeinden, die Straßenbahnen sämtlich bis auf 4. Aus diesen kommunalen Betrieben erwachsen für die Gemeinden hohe Einnahmen. Am höchsten entwickelt ist in der Schweiz die Unentgeltlichkeit der Verkehrsmittel und Schulmaterialien und die unentgeltliche Leichenbestattung. Die Gemeinde Cham hat schon seit 70 Jahren die Gemeinde Hünenberg — beide im Kanton Zug — seit 150 Jahren die Unentgeltlichkeit der Schulmaterialien eingeführt. Heute ist in den Kantonen Zürich, Glarus, Zug, Solothurn, Baselstadt und Baselland, Appenzell, St. Gallen, Thurgau, Basle, Neuchâtel und Genf die Unentgeltlichkeit der Verkehrsmittel und Schulmaterialien kantonal geregelt, in den anderen Kantonen macht diese Einrichtung solche Fortschritte, daß sie in nicht langer Zeit in der ganzen Schweiz obligatorisch eingeführt werden dürfte. In Zürich übernimmt die Stadt Zürich alles unentgeltlich, was zur Ausstattung gehört, sogar die Bekanntmachung im Amtsblatt, auch stellt sie einen Begleitwagen für die Angehörigen, schwarze Tücher zum Spinnen, sogar eine Urne für Kondolenzkarten und Unentgeltlich mit Bedienung. Die reichen Leute aber, die Voraussätze, Familiengräber usw. verlangen, müssen diese natürlich auf bezahlen. Und aus solchen Beiträgen von Privaten und einem bescheidenden Beitrag des Staates werden die 250 000 Mk. jährliche Kosten mehr als gedeckt. Die Unentgeltlichkeit der Verkehrsmittel und der Leichenbestattung sind Forderungen des Programms der deutschen Sozialdemokratie, aber in Deutschland, von vereinzelten, mehr als bescheidenen Anfängen abgesehen, noch nirgends verwirklicht. Die fast allgemeine Durchführung dieser Einrichtungen in der Schweiz zeigt, daß unter demokratischen Verhältnissen sozialistische Gedanken sich leichter durchsetzen. Das kommt auch in der kommunalen Sozialpolitik und Wohnungsfürsorge zum Ausdruck, die in der Schweiz freiere, fortschrittlichere Züge aufweisen als in Deutschland — dank dem Einfluss der sozialistischen Vertreter in den Gemeindeparlamenten.

## • Rundschau •

**Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern?** Der Ausschuss des Gesamtverbandes der Metallindustriellen hat in seiner Sitzung am 22. September beschloffen, zur Unterstützung der Seidenschiffwerke im Kampfe gegen die Gewerkschaften eine Aussperrung vorzunehmen. Am 8. Oktober nach Arbeitschluss sollen 100 Proz. der Belegschaften der Vereinsmitglieder ausgesperrt werden, bis die Sympathiestreiks gegen die Werften aufhören. Die Einstellung der Aussperrten erfolgt je nach den Vertriebsverhältnissen. Gegenwärtig finden jedoch Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen statt, die möglicherweise den Konflikt beendigen.

verwaltung  
sammung  
in Wien,  
Bereine  
der allge-  
meinen  
Fleisch-  
entsenden  
Dienst-  
entfunden  
von  
offen, dem  
Halle  
Resistenz  
würden,  
nach Zu-  
dem  
der Ab-

der rela-  
tische Be-  
faktor in  
starke Ver-  
renten. Die  
der letzten  
Entwilde-  
gemeinden  
der Regie  
Arbeiter,  
Winter-  
wie in  
bis 10  
die Ar-  
bern, in  
der Zeit  
den ganzen  
sehr ver-  
inwohner,  
daben 57  
sind zu  
haben  
erwachsen  
widelt ist  
Vehr-  
ellliche  
seit 70  
— seit  
ingeführt,  
en, Pafel-  
en, Wand,  
ittel und  
Mantelen  
cht langer  
en dürfte.  
tlich, was  
Blutblatt,  
schwarze  
arten und  
die Vurus-  
tlich gut  
einem be-  
jährliche  
mittel und  
der deut-  
renzellen,  
ends ver-  
richtungen  
ebhältnissen  
nimmt auch  
orge zum  
Büge auf-  
ialistischen

Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter gewinnen mehr und mehr Bedeutung. Sie verdienen die tätige Unterstützung und Anteilnahme aller derjenigen, die sich in die vorderen Reihen der Arbeiterklasse stellen wollen. Mit dem beginnenden Herbstquartal werden in verschiedenen größeren Städten neue Kurse eröffnet, welche für eine systematische Ausbildung des einzelnen Sorge tragen. So haben u. a. Berlin, Leipzig, München Arbeiter-Bildungsinstitute, die seit vielen Jahren segensreich wirken. Unsere Kollegen und Kolleginnen sollten nach Möglichkeit an diesen Einrichtungen teilnehmen. Wir lassen nachstehend den Lehrplan der Berliner Arbeiter-Bildungsschule folgen, der uns zur Veröffentlichung zugegangen ist. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie (Vortrag: M. Grundwald) am Sonntag, den 9. Oktober; Naturerkenntnis (E. Wurm); Montag, 10. Oktober; Rednerschule (M. Grundwald); Donnerstag, 13. Oktober; Gewerkschaftswesen (E. Dittmer); Freitag, den 14. Oktober; Geschichte (M. Conrad); Sonnabend, den 15. Oktober; Einführung in den Sozialismus (J. Vordardt); Mittwoch, den 19. Oktober. Der Kursus Gewerkschaftswesen behandelt: Arbeiterschub, Sozialgesetzgebung und Gewerkschaften. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8½ Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagskursus beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 12½ Uhr. Die reichhaltige Bibliothek an den Abenden von 7½—8½ Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Jahr pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Schullokal Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Treppe. — Auch die Freie Hochschule Berlin gibt soeben ihr neues Programm für das Herbst-Quartal heraus, das wiederum einen erheblichen Zuwachs von Dozenten und Vortragsreihen aufweist. In den 96 Zyllen werden die wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Kunst, Literatur, Volkswirtschafts- und Rechtslehre, Naturwissenschaft, Medizin und Technik im allgemein verständlicher Form behandelt. Das 36 Seiten starke Programm wird wie bisher kostenlos ausgegeben in allen städtischen Lesebibliotheken, in öffentlichen Bibliotheken, in sämtlichen Filialen von Docter u. Wolf.

Ein Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde vom 15. bis 17. September in Köln abgehalten. Ihm ging eine besondere Konferenz von 134 Arbeitnehmervertretern voraus, an der sich auch die Generalkommission der Gewerkschaften beteiligte. In dieser Vorbesprechung wurde über die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte diskutiert und die öffentliche Propaganda für einen dahingehenden Gesetzentwurf gefordert, weil nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen die Arbeiter aller Berufe unter örtlichen, sachlichen und beruflichen Zuständigkeitsbeschränkungen zu leiden haben. Insbesondere wurde auch die von uns wiederholt aufgestellte Forderung anerkannt, alle „gemeinnützigen Betriebe“ der Gewerbeordnung zu unterstellen. In Zukunft werden die Arbeiten der Zentralkommission von der neuen sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften übernommen. Zum eigentlichen Verbandstag hatten sich über tausend Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingefunden. Aus den Verhandlungen ragen besonders die Fragen der Ausgestaltung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten, der gesetzlichen Regelung der Alfordarbeit und der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge hervor. Der erste Berichterstatter zur ersten Frage forderte die Ausdehnung der Zuständigkeit auf alle Arbeiter und Angestellte bis zu einem Dienstlohn von 6000 Mark. Ebenso wünschte er die Erweiterung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten für alle Berufsgruppen unter Ausschluss abgewandelter Sondergerichte für einzelne Berufe. In überzeugenden Ausführungen bekämpften verschiedene Arbeitervertreter die Versuche, den Gewerbegerichten durch Angliederung an die ordentlichen Gerichte ihre Selbständigkeit zu rauben und wiesen darauf hin, daß damit das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerbegerichten untergraben werde. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die wichtige Frage der gesetzlichen Regelung der Alfordarbeit. Vom ersten Referenten wurde darauf hingewiesen, daß schon der Deutsche Juristentag im Jahre 1906 in Kiel sich mit dieser Sache befaßte und die gesetzliche Erfassung der Materie für notwendig erklärte. Er bezeichnete die Regelung der Alfordarbeit als im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer gelegen. Dagegen wandte sich in sehr scharfer Weise der Baugewerksmeister Hermann aus Köln. Er fand im örtlichen Tagelohn eine ausreichende Bezahlung für jeden Durchschnittsarbeiter. Der Unternehmer müsse das Recht haben, für schlechte Arbeit sich am Lohn des Arbeiters schadlos halten zu dürfen. Das müsse er auch tun können, wenn die Arbeiter ihm den unbedingten Gehorsam verweigern. Wollte der Arbeiter nicht mehr der Untertan des Unternehmers sein, dann müsse er auch eine gewisse Verantwortung für seine Arbeit übernehmen. Seine Ausführungen schloß dieser Referent mit der Behauptung: „Wir Arbeitgeber freuen uns, wenn die Arbeiter viel verdienen, und lassen sie zu den höheren Löhnen ruhig weiterarbeiten.“ Unter lebhafter Zustimmung trat diesem Vorpropheten der Arbeitersekretär Wiffell entgegen. Noch immer habe es sich bestätigt, daß wenn die Arbeiter durch Geschicklichkeit

oder Fleiß einen Lohn über den Durchschnitt hinaus erzielt haben, regelmäßig eine Herabsetzung der Alfordpreise gefolgt sei. Hier könne nur gesetzliches Verbot der Alfordarbeit Abhilfe schaffen. In gleicher Weise beleuchtete Gewerkschaftssekretär Köpfen die reaktionären Absichten Hermanns, der im Grunde nichts anderes wolle, als für einen Minimallohn möglichst Maximalleistungen aus dem Arbeiter herauszuschinden. Aus der ganzen Diskussion war zu erkennen, daß die gesetzliche Regelung dieser Materie heute noch weniger spruchreif ist, als die der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge, über die zum Schluß noch gesprochen wurde. Dr. Singheimer (Frankfurt a. M.) forderte in seinen Ausführungen die gesetzliche Regelung der Tarifverträge als eine der nächsten Aufgaben der Sozialgesetzgebung. Er verlangte für den Arbeitsvertrag eine eigene Gerichtsbarkeit und Verwaltung, die auf dem Grundsatz der Tariffreiheit aufgebaut sein soll, d. h. dem Tarifverträge sollte nur angehören, wer sich ihm freiwillig unterwirft, und zwar sowohl Verbände als Einzelpersonen. Döblin bezeichnete die Tarifverträge als ein Gebot der Kulturverwilderung. Er bedauerte, daß in Deutschland noch viele Unternehmer nicht einsehen, daß der Arbeiter, wie das sonst beim Austausch der Güter der Fall sei, das Recht habe, beim Verlaufe seines Gutes, der Arbeitskraft, mitzureden. Als besten Weg zur Förderung der Tarifgemeinschaften empfahl er: die Schaffung eines freien Koalitionsrechts, die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die gesetzliche Regelung der Tarifverträge mit Bindung für Arbeiter und Unternehmer. Dr. Mielenz fand eine gesetzliche Regelung nicht für notwendig. Die Beseitigung der Hindernisse, die dem Zustandekommen der Tarifverträge entgegenständen, hielt er für viel wichtiger. Im übrigen wünschte auch er den Ausbau des Koalitionsrechts und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Diskutiert wurde über alle drei Referate nicht. Nach einigen weiteren Vorträgen über das Recht der Gratifikationen, das aktive und passive Wahlrecht der Frauen und die Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen, die für die Teilnehmer rein informatischen Wert hatten, wurde der Verbandstag geschlossen.

Wie auf preussischen Eisenbahnen die Löhne aufgebessert werden, das haben die Lohnarbeiter in Deynhausen (Westfalen) erfahren. In der Badestadt Deynhausen sind die Beamten in der ersten Gehaltsklasse, die Bahnarbeiter erhalten aber nur einen Anfangslohn von 2,50 Mk., steigend in 9 Jahren auf 2,80 Mk. Höchstlohn. Dieser für die örtlichen Verhältnisse traurige Lohn wurde dazu erst im vorigen Jahre festgestellt; bis dahin betrug der Anfangslohn 2,20 Mk. Die Arbeiter wandten sich damals an die Betriebsinspektion um Lohnerböhung. Von dieser wurde das Bedürfnis zu einer Lohnerböhung nicht anerkannt. Nunmehr wandten sich die Arbeiter an die Eisenbahndirektion. Diese gab den Bescheid, die Eingabe sollte geprüft werden. Anfangs Januar kam ein Sekretär der Direktion Hannover, der Informationen einholte. Am 1. Mai trat die Lohnerböhung in Kraft. Der Anfangslohn stieg von 2,20 Mk. auf 2,50 Mk. und der Höchstlohn von 28 Silbergroschen wird nicht mehr wie bisher in 12 Jahren, sondern in 9 Jahren erreicht. Die Kottenarbeiter erhielten den gleichen Lohn. Früher wurde aber an zwei Sonntagen hintereinander Dienst gemacht und diese Sonntage voll bezahlt. Nunmehr wird ein Sonntag Dienst gemacht und der andere ist dienstfrei. Dadurch haben die älteren Arbeiter anstatt Lohnaufbesserung, einen Lohnausfall zu verzeichnen. So sieht die Lohnerböhung für die Arbeiter auf den preussischen Eisenbahnen aus.

Die Gewerkschaftsfiliale als geschlossener Verein. Bekanntlich operieren die Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie auch die Gerichte oft mit dem Begriff des nichtgeschlossenen Vereins, um gewisse Vereinsveranstaltungen als öffentliche zu behandeln. Unter jenem Begriff verstehen die Behörden gewöhnlich „Vereine, die so groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden könne, ihre Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen.“ Diese Definition müßte wieder einmal verhalten, als am Vortage vorigen Jahres an Stelle einer verbotenen öffentlichen Versammlung in Königsberg eine Mitgliederversammlung der dortigen Filiale unseres Verbandes abgehalten wurde. Die Versammlung wurde als öffentliche betrachtet und aufgelöst. Der Regierungspräsident und der Oberpräsident verwurten die vom Kollegen Selger erhobenen Beschwerden. Es wurde ausgeführt: Die Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage verbiete am Vortage die Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Die an Stelle der erst projektierten, aber verbotenen öffentlichen Versammlung abgehaltene Mitgliederversammlung sei ebenfalls als öffentliche anzusehen. Die geübte Kontrolle sei nicht geeignet gewesen, davon zu überzeugen, daß die Versammlung eine geschlossene gewesen sei. Der Verband erstreckte sich über ganz Deutschland und habe viele tausend Mitglieder. Auf ihm treffe der oben angeführte Begriff des nichtgeschlossenen Vereins zu. Er sei keine geschlossene Gesellschaft. Seine Versammlungen müßten demzufolge als öffentliche

angesehen werden. Die Auflösung sei berechtigt. Kollege Selger klagte nun beim Oberverwaltungsgericht. Nachdem dieses Verweis erhoben hatte, stand ein neuer Termin vor dem ersten Senat an. Der Senat gab der Klage statt, soweit sie sich gegen die Auflösung der Mitgliederversammlung der Verbandsszifiale richtete, und erklärte die Auflösung für unberechtigt. Begründend wurde ausgeführt: Es sei festgestellt, daß es sich hier um eine Szifiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter handelte. Die Merkmale des geschlossenen Vereins seien bei ihr vollkommen vorhanden. Ferner habe die Beweiserhebung ergeben, daß nur Mitglieder an der Versammlung teilnahmen. Unter diesen Umständen habe sie nicht als öffentliche angesehen werden können. Die Auflösung sei darum unberechtigt. Dagegen sei das Verbot der vorher geplanten Versammlung berechtigt, weil nach der gültigen Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage am Vortag öffentliche Versammlungen nicht stattfinden dürfen.

**Das Wachstum der „Produktion“.** Die allgemeine Anzuehmigkeit mit der herrschenden Wirtschaftspolitik, zeitigt auch ein schnelleres Anwachsen der Konsumgenossenschaften. Das gilt auch vom Konsum-, Spar- und Bauverein „Produktion“ in Hamburg, der besten deutschen Konsumgenossenschaft. Der Warenumsatz stieg im ersten Halbjahr 1910 um 1 247 584,62 Mk. Das ist eine Zunahme von 27,8 Proz., sodaß der Gesamtumsatz 5 849 423,11 Mark beträgt. Der Mitgliederzuwachs ist ein weit stärkerer als in der gleichen Periode der früheren Jahre. Das erste Halbjahr 1909 brachte 3039 neue Mitglieder, während der Zuwachs im gleichen Zeitraum 1910 4652 beträgt. Die Mitgliederzahl steht somit auf 46 527. Bis zum Jahreschluß ist die Eröffnung von 22 neuen Äden in Aussicht genommen. Der vermehrte Umsatz der Bäckerei beträgt 22 Proz., der der Schlächtere 35 Proz. Neu errichtet wurde in Bergedorf ein Kohlenlager. Dieser allgemeine Wachstum an Umsatz usw. drückt sich auch in der Vermehrung des Personals aus. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 686 Ende 1909 auf 817 am Schluß des ersten Halbjahres 1910.

**Mecklenburgischer Luxus.** Die Erfahrung, daß die meisten Steuern bei denen, die sie bezahlen sollen, anständig sind, hat die Stadtväter des mecklenburgischen Städtchens Parchim auf den genialen Gedanken gebracht, einmal das „Geruchlose“ zu besteuern. In den agrarischen Gefilden, wo man das nützliche Müchvieh als Wappentier verehrt, ist Geruchlosigkeit ohnehin schändlicher Luxus. So ist es zu verstehen, daß die Parchimer Stadterverwaltung allen Ernstes den Plan erwägt, die 10 bis 15 Mitbürger extra zu beuenern, die sich dort ein „W. C.“ leisten. Englischer Luxus, dieses Watercloset! Nicht einmal Enkel Präfig erwähnt es bei der famosen Darstellung der neumodischen Wasserlunit in Reuters „Stromtid“. So wird demnächst den üppigen Wasserfreunden Parchims eine Steuer von 750 Mk. pro „W. C.“ aufgeschwatzt werden. Warum bleiben sie auch nicht bei der alten, guten „Stange“, bei der sich Mecklenburgs Bevölkerung jahrhundertlang wohlgefunden und ihre agrarischen Zwecke durchaus befriedigend erfüllt hat?!

### ◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

**Die Fleischwucher!** Die Gottesgnadentum! Rede, gehalten am 1. September 1910 in Frankfurt a. M. von Hermann Wendel. Buchhandlung „Volkstimme“ Frankfurt a. M. Preis 10 Pf. Eben jetzt, wo ganz Deutschland unter dem Fleischwucher leidet, und die neuesten Kaiserreden ungeheures Aufsehen erregen, wurde diese kräftige, überzeugende Rede vor Frankfurter und Offenbacher Arbeitern gehalten. Der Gedanke, sie im Druck erscheinen zu lassen, scheint ein glücklicher gewesen zu sein, mußte doch unsere Frankfurter Parteibuchhandlung auf die erste Ankündigung hin gleich 20 000 Exemplare drucken lassen. Zum dauernden Gedächtnis ist in der Broschüre noch die Gottesgnadenrede wortwörtlich abgedruckt.

**Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur.** Im Auftrag der Generalkommission zusammengestellt von Johann Sassenbach. Vierte Auflage. (213 Seiten. Preis 60 Pf.)

Das Literaturverzeichnis, ursprünglich zu dem Zweck herausgegeben, den Teilnehmern der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse einen Leitfaden für die Beschaffung gewerkschaftlicher Schriften zu bieten, hat in den vier Jahren seit seinem ersten Erscheinen, eine wesentliche Forderung erfahren. Es ist heute nicht mehr ein Bücherkatalog, sondern ein Verzeichnis aller wichtigeren und größeren Mundgebungen über die gewerkschaftliche Bewegung. Neben den in Buch- oder Broschürenform erschienenen Schriften sind alle Artikel der in Betracht kommenden Zeitschriften sowie die Verhandlungen über bestimmte gewerkschaftliche Fragen auf Gewerkschaftstagen und Generalversammlungen der Verbände verzeichnet. Diese Mundgebungen sind zunächst nach Verufen und sodann nach Materien wie: Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeiterinnenbewegung, Einigungsweisen, Gewerbeinspektion usw.

geordnet. Jeder, der sich über die gewerkschaftliche Bewegung oder einzelne Gebiete dieser informieren will, findet in dem Verzeichnis die Angabe der Quellen, aus denen er die Information schöpfen kann. Für die in der Arbeiterbewegung agitatorisch Tätigen ist die Schrift ein unentbehrliches Hilfsmittel, wenn sie genötigt sind, über bestimmte gewerkschaftliche Fragen zu sprechen oder Vorarbeiten für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften zu machen. Für Gewerkschaftsmitglieder beträgt der Preis bei Bezug durch die Organisation 30 Pf. Die Schrift ist durch alle Buchhandlungen oder von S. Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 15, zu beziehen.

Die Extranummer des „Wahren Jakob“, die als Gedendblatt an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftstagen erscheint, liegt uns jetzt vor. Ein längerer Aufsatz über „Die Internationale in Kopenhagen“ wird illustriert durch zwei gelungene photographische Aufnahmen vom Meeting in Sondermarken, eine Zeichnung von der Eröffnungssitzung und eine Aufnahme von der Schlußsitzung des Kongresses, ferner vier Aufnahmen vom Auszug des Kongresses nach Stodsborg und drei Aufnahmen vom Empfang des Kongresses im Rathaus durch die Kopenhagener Stadterverwaltung. Das Rathaus selbst und sein Festsaal sowie das Kongressgebäude werden noch in besonderen Bildern vorgeführt. Lebhaftes Interesse wird das Faksimile des angeblichen Briefes des französischen Ministerpräsidenten Briand an den Kongress erwecken, dem eine getreue Uebersetzung beigegeben ist. Der Beifall, den der dänische Sozialistenmarsch bei sämtlichen Kongreßteilnehmern fand, hat veranlaßt, daß in dieser Extranummer der deutsche Text dieses Freiheitsliedes unter Beigabe des Notenstabes zur Veröffentlichung gelangt. Schließlich sei noch erwähnt, daß der den Lesern des „Wahren Jakob“ schon lange als vertrauenswürdige Persönlichkeit bekannte „Hamborger Fliegenwirt“ Claus Svartmuul in dieser Nummer auch einen Bericht über seine Erfahrungen als „Kongressbummler“ erstattet. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs sowie vom Verlag Paul Singer in Stuttgart zu beziehen.

**Die Neue Zeit.** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 51 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

**Sozialismus und Genossenschaftsbewegung** von Gertrud David. Preis 1 Mk. Volksausgabe 40 Pf. Kapitelüberschriften: Der Sozialisierungsprozess der Gesellschaft; Der Genossenschaftsgedanke in der Geschichte des Sozialismus; Die Produktgenossenschaft; Die Konsumgenossenschaft; Die landwirtschaftlichen Genossenschaften; Beziehungen zu den anderen Gliedern der Arbeiterbewegung. Durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolporteurs zu beziehen. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.)

**Natur und Erziehung.** Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Beilage „In meinen Ruhestunden“, Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dr. Dr. A. Dannemann und Prof. Dr. A. Smalian. Stuttgart, Franckhsche Verlagsbuchhandlung. Halbjährlicher Bezugspreis 4 Mk.

**Monatschrift für den elementaren naturwissenschaftlichen Unterricht.** In Verbindung mit Prof. Dr. Henrich-Geiloff-Weilburg herausgegeben vom Hamburger Lehrerverein für Naturkunde. Redakteur: J. F. Gerding, Hamburg. Stuttgart, Franckhsche Verlagsbuchhandlung. Jährlicher Bezugspreis nur 3 Mk.

### Totenliste des Verbandes.

**Karl Kubach, Frankfurt a. M.**

Elektrizitätswert

† 27. 8. 1910.

**Emil Fischer, Magdeburg**

† 4. 9. 1910, 50 Jahre alt.

**Wilh. Schmidt, Brandenburg**

† 8. 9. 1910, 59 Jahre alt.

**Jorenj. Reih, Mainz**

Gasarbeiter

† 11. 9. 1910, 46 Jahre alt.

**Friedr. Baumann, Stuttgart**

Hilfsarb. im Elektrizitätswert

† 14. 9. 1910, 59 Jahre alt.

**Jahob Fieger, München**

Gasarbeiter

† 15. 9. 1910, 44 Jahre alt.

**Georg Reih, Jülich**

† 15. 9. 1910, 31 Jahre alt.

**Alfred Wiesner, Breslau**

† 16. 9. 1910, 33 Jahre alt.

**E. C. J. Schröter, Hamburg**

Beleuchtungsweisen

† 17. 9. 1910, 44 Jahre alt.

**Joh. Adams, Köln**

Maschinenf., Elektrizitätswert

† 20. 9. 1910, 36 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!